

Warum haben die „Tschekeiten“ der DDR die SED-Herrschaft nicht verteidigt, als 1989 ein neuer „17. Juni“ auszubrechen schien? Und warum hatten die Revolutionäre jetzt Erfolg, während ihre Vorgänger 1953 noch gescheitert waren? Walter Süß, als Politologe zugleich ein ausgewiesener Experte der vergleichenden Geschichtsbetrachtung, analysiert die beiden Aufstände in der DDR, er untersucht die außenpolitischen Rahmenbedingungen und er stellt die Akteure vor und hinter den Barrikaden vor, deren Verhalten von erheblicher Bedeutung für Erfolg oder Misserfolg der Revolution war.

Walter Süß

Von der Ohnmacht des Volkes zur Resignation der Mächtigen

Ein Vergleich des Aufstandes in der DDR 1953 mit der Revolution von 1989

Man kann die Auffassung vertreten, 1989 sei vollendet worden, was in der DDR 1953 begonnen worden war: Beide Male ging es um die Beseitigung kommunistischer Herrschaft. Doch in dieser These schwingen Grundannahmen mit, die zu prüfen wären – vor allem die, dass es eine Kontinuität von Herrschaft und Widerstand gegeben habe. Handelte es sich aber tatsächlich um die gleichen Strukturen und die gleichen Akteure? Waren die Ziele identisch? Stellten sich die Revolutionäre von 1989 in die Tradition von 1953? Und warum gelang 1989, was 1953 gescheitert war? Lag es nur an den veränderten Rahmenbedingungen? Daran, dass die Sowjets das eine Mal intervenierten, das andere Mal nicht – und wie ist das zu erklären?

Sowohl der Aufstand von 1953 wie die Revolution von 1989 sind relativ gut erforscht¹. Auf Interpretationsdifferenzen, die es besonders im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des 17. Juni gab – ob es sich um einen Arbeiter- oder einen Volksaufstand handelte, welche Bedeutung der nationalen Frage zukam etc., wird

¹ Zu 1953 können hier nur wenige Titel genannt werden. Grundlegend sind Arnulf Baring, *Der 17. Juni 1953*, Stuttgart 1983; Stefan Brant (i. e. Klaus Harpprecht), *Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953*, Stuttgart 1954; Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, *Der „Tag X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat*, Bremen 2003; Manfred Hagen, *DDR-Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus*, Stuttgart 1992; Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hrsg.), *1953-Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa*, Köln u. a. 1999; Ilko-Sascha Kowalczyk, *17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen*, Bremen 2003; Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), *17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR*, Köln 1982; Christian Ostermann (Hrsg.), *Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question, and the first major Upheaval behind the Iron Curtain*, Budapest 2001. Angaben zur wichtigsten Literatur zu 1989 finden sich bei Walter Süß, *Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern*, Berlin 1999, S. 755–782. Hinweise zu späteren Veröffentlichungen finden sich, soweit für die Argumentation relevant, an entsprechender Stelle im Text.

noch einzugehen sein. Punktuelle Vergleiche zwischen beiden Ereignissen werden häufig gezogen – etwa mit dem Verweis auf Erich Mielkes Frage von Ende August 1989, ob denn morgen ein neuer „17. Juni“ ausbreche² –, doch in systematischer Form liegen dazu erst einzelne Aufsätze vor. Unter komparativen Aspekten ist vor allem die Arbeit von Hermann Wentker zu beachten³. Seine Darstellung der beiden Aufstände stimmt in manchen Aspekten mit den hier formulierten Überlegungen überein. Allerdings beschränkt er sich allzu sehr auf einen Vergleich der Phänomene, während der jeweilige historische Kontext nur partiell reflektiert wird. So wird die amerikanische Politik vollständig ausgeklammert. Sowjetische Außenpolitik, einschließlich ihrer Blockpolitik, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch von den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mitbestimmt. Die Entfaltungsmöglichkeiten sowjetischer Politik hingen vor allem in den späten achtziger Jahren nicht zuletzt vom Kräftespiel mit den USA ab. Wer diesen Aspekt ausklammert, kann die sowjetische Nicht-Intervention im Jahr 1989 kaum erklären⁴. Der Unterschied zur Intervention 1953 kann dann nur als *factum brutum* benannt werden. Zu kurz greift auch die Charakterisierung der Ursachen beider Aufstände, die in Wentkers Augen in Wirtschafts-, Finanz- und Versorgungskrisen zu finden sind⁵. Es gab sie zweifellos, aber es kamen tiefere Ursachen hinzu, die beiden Krisen unterschiedliche Brisanz verliehen und einen jeweils anderen Ausgang bedingten: Im einen Fall eine Krise der stalinistischen Herrschaftsmethoden, ohne dass dies aus Sicht seiner Protagonisten das System selbst in Frage gestellt hätte, im anderen eine Identitätsstörung des „realen Sozialismus“ als Zivilisationsmodell. Das führte auch zu einer Krise der Ideologie – in einem System, das seine Legitimation „geschichtsphilosophisch“ ableitete, nicht zuletzt deshalb ein fundamentales Problem, weil das Regime selbstverständlich nicht nur aus einigen Angehörigen des Politbüros der herrschenden Partei bestand, sondern einer sozialen Basis treuer Anhänger bedurfte. Diese Anhänger mochten auf materielle und Statusprivilegien hoffen, aber um sie zu motivieren, bedurfte es auch der Ideologie. Für 1953 stellt sich die Frage nach diesem Bevölkerungsteil weniger, weil der Aufstand zu kurz und die sowjetische Übermacht bei seiner Niederschlagung allzu deutlich war, aber in den monatelangen Auseinandersetzungen des Jahres 1989 ist es mit der Feststellung nicht getan, dass die

² Zur Bedeutung dieser eher rhetorischen Frage siehe S. 467.

³ Vgl. Hermann Wentker, *Arbeiteraufstand, Revolution? Die Erhebungen von 1953 und 1989/90 in der DDR: ein Vergleich*, in: *Deutschland Archiv* 34 (2001), S. 385–397; zum Vergleich der Protestbewegungen siehe Detlef Pollack, *Bedingungen der Möglichkeit politischen Protestes in der DDR. Der Volksaufstand von 1953 und die Massendemonstrationen 1989 im Vergleich*, in: Ders./Dieter Rinke (Hrsg.), *Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989*, Frankfurt a.M./New York 1997, S. 303–331. In der Nähe zur SED-Propaganda vom „faschistischen Putsch“ im Jahre 1953 eher skurril: Stefan Bollinger, *Die verschleppte Entstalinisierungskrise. Ein politikwissenschaftlicher Vergleich zwischen 1953 und 1989*, in: Jochen Cerny (Hrsg.), *Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte*, Leipzig/Jena/Berlin 1990, S. 156–162.

⁴ Vgl. Wentker, *Arbeiteraufstand, Revolution?*, S. 387.

⁵ Vgl. ebenda.

Herren der Sicherheitsapparate keine Entscheidung zur gewaltsamen Unterdrückung der Bürgerbewegung getroffen haben⁶. Nicht nur die Akteure „oben“ und „unten“ waren hier von Relevanz, sondern gerade diejenigen dazwischen: die „schweigende Mehrheit“ ebenso wie die überzeugten Anhänger des Systems. Um sie wurde gerungen, weil „1989“ eine zutiefst politische Krise war; wie sie sich orientiert und verhalten haben, hat über den Ausgang der Krise entschieden⁷.

Damit sind einige Schwerpunkte der folgenden Darstellung angedeutet. Sie betont entsprechend dem höchst unterschiedlichen Ausgang beider Aufstände eher die Unterschiede und die jeweiligen Spezifika als die Gemeinsamkeiten. Zuerst wird das Aufstandsgeschehen in die Entwicklungsphasen des sowjetischen Systems eingeordnet. Dann geht es um das osteuropäische Vorfeld des sowjetischen Imperiums: Dessen Bedeutung hat sich im Zusammenhang mit dem Wandel im Ost-West-Konflikt in den etwa dreieinhalb Jahrzehnten, die zwischen beiden Aufständen lagen, verringert. Entsprechende Überlegungen zur aktuellen Lage wurden in Moskau Monate vor dem Herbst 1989 angestellt. Im dritten Kapitel wird nach Ursachen und Auslösern der jeweiligen Krise gefragt. Es gibt Gemeinsamkeiten wie etwa wirtschaftliche Schwierigkeiten, aber auch hier überwiegen die Unterschiede: übermäßige Anspannung im einen, Erschlaffung im anderen Fall. In den anschließenden drei Kapiteln stehen die Akteure auf beiden Seiten im Zentrum, aber auch ihre Wahrnehmung der Gegenseite, die für das Verhalten von erheblicher Bedeutung war, und schließlich um ihre Ziele. Dabei kommen Veränderungen zum Ausdruck, die die DDR-Gesellschaft in den vier Jahrzehnten ihres Bestehens durchgemacht hat. Zum Schluss wird noch einmal auf die außenpolitischen Rahmenbedingungen eingegangen und es wird versucht, die Bedeutung der Niederlage von 1953 für den Erfolg von 1989 zusammenfassend zu bestimmen.

Systemkontext

Obwohl im Rückblick manchmal die Neigung besteht, die Sowjetunion als ein von Anfang bis Ende unverändertes starres Ganzes zu sehen, macht eine stärker differenzierende Betrachtung doch sichtbar, dass das System verschiedene Entwicklungsphasen durchlaufen hat. Deren jeweiliger Charakter war für das Schicksal der Aufstände in Mittelosteuropa wahrscheinlich von entscheidender Bedeutung. Während der Aufstand von 1953 in einer Phase stattfand, in der die Sowjetunion noch als scheinbar erfolgreiches Modell sozioökonomischer Entwicklung Ausstrahlung und damit Integrationskraft besaß, fand die Revolution von 1989 in der Niedergangphase des Systems statt, als es sein Potential bereits erschöpft hatte.

⁶ Wentker nennt unter Berufung auf Pollack einige Gründe, die jedoch stark situationsbedingt sind, während der folgend genannte Aspekt, die Krise der sozialen Basis des Regimes, unerwähnt bleibt. Vgl. Wentker, Arbeiteraufstand, Revolution?, S. 396; Detlef Pollack, Der Zusammenbruch der DDR als Verkettung getrennter Handlungslinien, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 41–81, hier S. 57 f.

⁷ Vgl. dazu ausführlicher Süß, Staatssicherheit, S. 60–64 und passim; Dieter Segert, Rezension, in: Berliner Debatte INITIAL 10 (1999), Heft 4–5, S. 223–225.

In der Periode vor 1953 hatte die Sowjetunion den Gipfel ihrer Macht erreicht: Sie war Sieger im Zweiten Weltkrieg; relativ erfolgreich beim schnellen Wiederaufbau ihrer Wirtschaft⁸ und eine der beiden einzigen Atom-Mächte⁹, außerdem verbündet mit der größten Landmacht Eurasiens, der neu entstandenen Volksrepublik China¹⁰, und schließlich Herrscherin über ein Vorfeld osteuropäischer Staaten – um nur einige Aspekte zu nennen. Nicht alles war in den Jahren zuvor sowjetischen Wünschen entsprechend verlaufen. Insbesondere die europäische Nachkriegsordnung hatte sich Stalin anders vorgestellt¹¹. Aber das tat vorerst dem Selbstvertrauen ihrer Führer und dem Ansehen der Sowjetunion als „Vaterland des Sozialismus“ kaum Abbruch¹².

Dieses erfolgreich scheinende Modell wurde in den künftigen Satellitenstaaten mit Gewalt implantiert¹³. Aber das heißt nicht, dass es nur auf Gewalt basiert hätte. Wie Timothy Garton Ash vor dem Ende dieses Systems geschrieben hat, war es zu Beginn der fünfziger Jahre „keineswegs völlig irrational zu glauben, eine Version einer sowjetsozialistisch geplanten Wirtschaft könne die meisten Länder Osteuropas aus ihrer historischen Rückständigkeit und Abhängigkeit herausziehen und [...] die Vorstellung war keineswegs völlig absurd, dass ein sozialistischer Staat einen hohen Standard sozialer Gerechtigkeit und ‚sozialer Rechte‘ erreichen könnte [...], der weit über dem miserablen Niveau eines großen Teils Vorkriegsosteuropas stehen würde und vielleicht selbst die kapitalistischen Staaten überholen könnte.“¹⁴

Es waren, wie Francois Furet geschrieben hat, die Jahre der „höchsten Anziehungskraft“ der „kommunistischen Illusion“¹⁵. Nachdem die politischen Widersa-

⁸ Vgl. Alec Nove, *An Economic History of the U.S.S.R.*, Harmondsworth 1972, S. 290–293.

⁹ Vgl. David Holloway, *Stalin and the Bomb. The Soviet Union and Atomic Energy, 1939–1956*, London 1996.

¹⁰ Das galt bis Ende der fünfziger Jahre, obwohl Stalin, der gegen jede (außer natürlich der russischen) autochthone Revolution eine tiefe Abneigung hatte, der chinesischen Revolution ursprünglich mit großer Skepsis begegnet war, und erst Mitte des Jahres 1948 seine Schaukelpolitik zwischen Unterstützung der Kuomintang und der KP Chinas zu Gunsten letzterer beendet hatte. Vgl. Brian Murray, *Stalin, the Cold War, and the Division of China: A Multi-Archival Mystery* (Cold War International History Project (künftig: CWIHP) Working Papers, 12), Washington 1995.

¹¹ Vgl. Vojtech Mastny, *NATO in the Beholder's Eye: Soviet Perceptions and Policies, 1949–1956* (CWIHP Working Papers, 35), Washington 2002.

¹² Stalins Selbstbewusstsein bedarf kaum eines Belegs. Vgl. als neuere Veröffentlichung Erik van Ree, *The Political Thought of Joseph Stalin: A Study in 20th Century Revolutionary Patriotism*, London 2002. Zum Selbstvertrauen Chruschtschows hinsichtlich der Zukunft der Sowjetunion, obwohl er um ihre aktuelle Schwäche wusste, vgl. Mastny, *NATO*, S. 69 u. S. 78 f.

¹³ Noch immer grundlegend Hugh Seton-Watson, *The East European Revolution*, New York 1961; Jens Hacker, *Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980*, Baden-Baden 1983, S. 303–464.

¹⁴ Timothy Garton Ash, *Der Niedergang des sowjetischen Imperiums. Reform oder Revolution? Versuch der Vermessung einer neuen politischen Landschaft*, in: *Lettre Internationale* 1988/3, S. 17–28.

¹⁵ Francois Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München/Zürich 1999, S. 457.

cher in den osteuropäischen Ländern ausgeschaltet waren und als keine politische Alternative mehr möglich schien, bot das System auch positive soziale Anreize: Für eine ziemlich breite Schicht waren beruflicher Aufstieg, höherer Status und besseres Einkommen erreichbar. Freilich hatten die Aufsteiger politisch fügsam zu sein. Ihnen wurde eine Ideologie geboten, die die Weltgeschichte und die internationale Lage mit wenigen Formeln scheinbar schlüssig erklärte und eine lichte Zukunft als Lohn für die aktuellen Entbehrungen versprach. All das zusammengenommen verschaffte diesen Regimes eine soziale Basis, die jedoch nicht so breit war, wie von Stalin ursprünglich erhofft¹⁶. Dass es sich dabei auch damals nur um eine Minderheit handelte, zeigte der Aufstand am 17. Juni 1953, der zusammen mit den Unruhen in anderen osteuropäischen Staaten – beginnend mit dem Aufstand im tschechischen Pilsen vom 1. bis 3. Juni 1953¹⁷ – den Anfang vom Ende dieser Phase der großen Illusion signalisierte.

Die Phase von 1985 bis 1990 hatte nur eine Gemeinsamkeit mit der unmittelbaren Nachkriegsphase: Es gab Aufbruchstimmung. Aber der Hintergrund dieser Stimmung war vollkommen anders: Kaum jemand, auch nicht die Funktionäre der herrschenden Parteien (mit Ausnahme von Nicolae Ceausescu¹⁸), glaubte noch daran, dass das eigene System dem kapitalistischen überlegen sei. Die „kommunistische Illusion“ befand sich in Auflösung. Selbst der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, forderte nun, „dem konservativen Morast zu entsteigen und die Trägheit der Stagnation abzuschütteln“¹⁹. Es galt nicht mehr, den Kapitalismus zu überholen, sondern – schwer genug – ihn einzuholen. Die veränderte Selbstwahrnehmung hatte handfeste materielle Gründe: Die Sowjetunion war, obwohl militärisch noch immer eine „Supermacht“, in den drei vorangegangenen Jahrzehnten ökonomisch in Relation zu den anderen Großmächten (USA, Europa, Japan und hinsichtlich der Entwicklungsdynamik auch China) weit zurückgefallen. Ihre Wirtschaft war von nicht mehr zu übersehender Ineffizienz, und zudem hatte sie, einem veralteten industriegesellschaftlichen Leitbild verhaftet und durch den eigenen Reichtum an Primärressourcen geblendet, auf falsche

¹⁶ Vgl. Eduard Mark, *Revolution by Degrees: Stalin's National Front Strategy for Europe, 1941–1947* (CWIHP Working Paper, 31), Washington 2001.

¹⁷ Vgl. Mark Kramer, *The Early Post-Stalin-Succession Struggle and Upheavals in East-Central Europe. Internal-External Linkages in Soviet Policy Making (part I)*, in: *Journal of Cold War Studies* (Winter 1999), Heft 1, S. 3–55, hier S. 17–22; „Radio Free Europe Report on the Strikes in Plzeň during early June 1953“, in: Ostermann (Hrsg.), *Uprising*, S. 128–132.

¹⁸ Auf einem Gipfeltreffen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) im November 1986, das aus sowjetischer Sicht der Bekämpfung einer drohenden Wirtschafts- und Gesellschaftskrise gewidmet sein sollte, postulierte Ceausescu: Der Sozialismus „hat in der Praxis auf allen Gebieten seine Überlegenheit bewiesen“. „Treffen der führenden Repräsentanten der Bruderparteien sozialistischer Länder des RGW am 10. und 11. November 1986 in Moskau (autorisierte Redetexte)“, in: Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, DY 30/J/IV/2/201/1714, Bl. 96.

¹⁹ Michail S. Gorbatschow, *Perestrojka. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München 1987, S. 61. Die beste deutschsprachige Ausgabe von Texten sowjetischer Autoren, in der das Ausmaß der Ernüchterung über dieses Gesellschaftsmodell sichtbar wird, bietet Juri Afanassjew (Hrsg.), *Es gibt keine Alternative zu Perestrojka: Glasnost, Demokratie, Sozialismus, Nördlingen 1988*.

wirtschaftspolitische Prioritäten gesetzt und damit den Anschluss an die mikroelektronische Revolution verpasst²⁰.

Mit weitgehender wirtschaftlicher Selbstbezogenheit, die trotz aller Rede von einem „sozialistischen Weltmarkt“ noch Anfang der achtziger Jahre bestimmend war²¹, waren zwar die Folgen des Zurückbleibens in der internationalen Konkurrenzposition abzumildern, aber die Tendenz war so nicht umzukehren. Ohne aktive Integration in den Weltmarkt bestand keine Chance, die für die Modernisierung der Wirtschaft dringend benötigten neuen Technologien importieren zu können²². Die Voraussetzungen dafür aber waren sowohl in finanzieller wie in politischer Hinsicht schlecht. Finanziell, weil die Sowjetunion in die entwickelten Industrieländer (OECD) mangels Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industriewaren fast nur Energieträger zu exportieren vermochte und sich wegen deren Preisverfall zunehmend bei westlichen Banken verschulden musste²³. Politisch, weil der Import solcher Technologien den CoCom-Bestimmungen unterworfen war, die den Export militärisch verwendbarer Technologie an die Sowjetunion untersagten. Um die Interpretation dieser dehnbaren Bestimmungen wurde auch auf westlicher Seite gestritten, vor allem zwischen den Staaten der EU und den USA, die den West-Ost-Handel und den Technologietransfer als politische Hebel zu nutzen bestrebt waren, ähnlich wie die Bundesregierung in den fünfziger und sechziger Jahren²⁴. Sowjetisches Verhalten, das von westlicher Seite missbilligt wurde, führte zu Restriktionen. So hatten der sowjetische Einmarsch in Afghanistan und die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen während der gesamten achtziger Jahre zu einer deutlichen Verschärfung geführt, über die sich der sowjetische

²⁰ Vgl. als zusammenfassenden Überblick das entsprechende Kapitel aus Paul Kennedys 1987 abgeschlossenem Werk: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt a. M. 2000, S. 721–758; zur verfehlten wirtschaftspolitischen Prioritätensetzung vgl. Charles Maier, *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt a. M. 1999, S. 139–187.

²¹ Vgl. Günter Hedtkamp, *Neuere Entwicklungen im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)*, in: *Osteuropa* 38 (1988), S. 592–604.

²² Vgl. Heinrich Vogel, *Außenwirtschaft als Indikator und Instrument der neuen Politik in der UdSSR*, in: *Osteuropa* 38 (1988), S. 532–536.

²³ Der Anteil von Energieprodukten (Erdöl, Gas) am sowjetischen Export in die entwickelten Industrieländer (OECD) machte Mitte der achtziger Jahre über 80 % aus. Gerade in den ersten Jahren der Amtszeit Gorbatschows verfielen die Preise auf dem Welterdölmarkt: Von 1985 bis 1988 sank der Preis des Barrels Erdöl auf ein Drittel. Die Nettoverschuldung der UdSSR im westlichen Ausland stieg von 1984 bis 1989 von 10,4 Mrd. \$ auf 32,8 Mrd. \$. Vgl. Heinrich Vogel, *Die sowjetische Wirtschaft und die Weltwirtschaft. Von der Unverwundbarkeit zur Integration*, in: *Sowjetunion 1988/89. Perestrojka in der Krise?* Hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München/Wien 1989, S. 192–203, hier S. 196. Zur Verschuldung vgl. *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Strukturen und Probleme*, hrsg. vom Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1987, S. 209; *Der Fischer Weltalmanach 1991*, Frankfurt a. M. 1990, Sp. 556.

²⁴ Vgl. Angela Stent, *Technologie in den Osten? Zur Konzeption und Praxis des Consultative Group-Coordinating Committee (CoCom)*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 22/1981, S. 38–46; Jürgen Nötzold, *Technologische West-Ost-Kooperation zwischen Skepsis und Hoffnung*, in: *Osteuropa* 38 (1988), S. 633–643.

Außenminister Eduard Schewardnadse bei einem Besuch in Bonn im Januar 1988 bitter beklagte²⁵. Undiplomatisch deutlich sprach er von dieser „verfluchten Liste“²⁶, die die angestrebte Kooperation mit westlichen Unternehmen empfindlich behinderte. Gerade wegen der von ihr angestrebten Öffnung zum Westen war die neue sowjetische Führung in diesem Punkt besonders empfindlich. Diese Situation wurde auch nicht durch wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit gemildert, weil die Beziehungen asymmetrisch waren: Während der Osthandelsanteil der OECD-Länder nur bei 3 Prozent (1984) lag, machte der Westanteil (OECD) im sowjetischen Außenhandel im gleichen Zeitraum etwa 30 Prozent aus²⁷. Das heißt, die Sowjetunion war in dieser Beziehung verwundbar, sie konnte sich nur durch ihre starke Binnenmarktorientierung schützen, die aber gerade durchbrochen werden sollte.

In aller Deutlichkeit hat Michail Gorbatschow auf einem „Treffen der führenden Repräsentanten der Bruderparteien sozialistischer Länder“ im November 1986 in Moskau die Lage charakterisiert: „Nach unserer Einschätzung stehen die Länder unserer Gemeinschaft in der jetzigen Periode der historischen Entwicklung vor einer unerbitlichen Alternative. Entweder der Sozialismus beschleunigt seinen Schritt stark, stößt auf die Spitzenpositionen in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft vor und demonstriert überzeugend die Überlegenheit unserer Lebensweise, dann festigen sich seine Positionen in der Welt, eröffnen sich neue Perspektiven für den revolutionären Weltprozess. Oder er bleibt in Schwierigkeiten und Problemen stecken und verliert an Dynamik, dann wird man beginnen, uns in die Ecke zu drängen, wird versuchen, uns zurückzuwerfen mit allen sich daraus für den Sozialismus selbst und die Welt ergebenden Folgen.“²⁸

Die Mittel und Institutionen, derer man sich in den folgenden Jahren zu bedienen suchte, um das zu vermeiden, waren dem gegnerischen Lager entlehnt: Markt, gesellschaftlicher Pluralismus, Öffentlichkeit, Demokratie. Alle diese Institutionen und Prinzipien versuchten die Reformer allerdings umzuformen und in ihrem jeweiligen Geltungsbereich so einzuschränken, dass nicht unbedingt eine institutionalisierte, wohl aber die politische Vorherrschaft ihrer Partei dabei bewahrt werden konnte²⁹.

Bis zu den Revolutionen von 1989 hatte die Führung der KPdSU beachtliche außenpolitische Erfolge vorzuweisen³⁰, und die sowjetische Innenpolitik hatte einige erfreuliche Veränderungen durchgemacht, wie die drastische Verringe-

²⁵ Vgl. Archiv der Gegenwart, CD-ROM-Ausgabe (künftig: AdG), Sankt Augustin 2000, S. 44852–44860.

²⁶ Zit. nach Vogel, Wirtschaft, S. 203.

²⁷ Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, S. 227 u. S. 233. Vgl. im gleichen Band Hanns-Dieter Jacobsen, Aktueller Stand der Entwicklungsmöglichkeiten im Ost-West-Handel (S. 129–143).

²⁸ Autorisierter Redetext Gorbatschows, in: BA Berlin, DY 30/J/IV/2/201/1714, Bl. 2 f.

²⁹ Vgl. Jacques Lévesque, *The Enigma of 1989. The USSR and the Liberation of Eastern Europe*, Berkeley/Los Angeles 1997.

³⁰ Angesichts des späteren Desasters sowjetischer Außenpolitik vergisst man heute leicht, dass es Gorbatschow und Schewardnadse bis zum Sommer 1989 gelungen war, „das Ansehen der Sowjetunion im Westen auf eine zuvor ungekannte Höhe zu führen“. Gerhard Simon, Einlei-

nung der Repression, eine Revitalisierung des kulturellen Lebens und „Glasnost“³¹. Doch von einer Lösung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Probleme war man noch immer meilenweit entfernt³². Vor allem aber war es nicht gelungen – obwohl Gorbatschow fast verzweifelt darum bemüht war –, ein neues Modell gesellschaftlicher Ordnung zu realisieren, ein Zivilisationsmodell, das für Außenstehende irgendwelche Attraktivität besessen hätte.

Das bedeutet: Unter dem Aspekt der Legitimation und damit auch der Integration war das kommunistische System in der Nachkriegsperiode erheblich stärker als in den späten achtziger Jahren. Die Ideologie, aus der die Legitimationsgründe abgeleitet worden waren, hatte ihre rationalen und ihre charismatischen Geltungsgründe inzwischen eingebüßt. Die Versprechungen, die mit dieser Ideologie verbunden gewesen waren, hatten sich als leer erwiesen. Außer materiellen und Machtprivilegien, die das System immer noch zu gewähren vermochte, hatte es nichts mehr zu bieten. Privilegien aber rechtfertigen sich nicht aus sich selbst heraus und wirken ohne Rechtfertigungsideologie eher destabilisierend.

Das osteuropäische Vorfeld

In seinem Buch über „Das Rätsel von 1989“ hat Jacques Lévesque hinsichtlich der osteuropäischen Revolutionen argumentiert: Diese Revolutionen seien, außer hinsichtlich ihres konkreten Zeitpunktes, nicht überraschend gewesen: Es habe Vorboten gegeben – 1956, 1968 und 1980/81. Rätselhaft aber wirke das Verhalten der Sowjetunion, ihre „Nachgiebigkeit“ gegenüber Entwicklungen, die zum Verlust ihres bisherigen europäischen Vorfeldes führten³³. Das hatte in der Tat niemand prognostiziert. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zu 1953: Man kann nicht behaupten, damals sei die sowjetische Intervention zur Rettung des Herrschaftssystems in der DDR unerwartet gekommen. Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf zwischen Harry S. Truman und Dwight D. Eisenhower, ein dreiviertel Jahr zuvor, war es unter anderem um die Frage gegangen, wie sich die USA in einem solchen Fall zu verhalten hätten³⁴. Sechsenddreißig Jahre später, im Jahr 1989,

tung, zu: Sowjetunion 1990/91. Krise-Zerfall-Neuorientierung, hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München/Wien 1991, S. 18.

³¹ Vgl. Margareta Mommsen, *Wohin treibt Rußland? Eine Großmacht zwischen Anarchie und Demokratie*, München 1996, S. 65–109.

³² Schon die Titel einschlägiger Aufsätze im 1991er Jahresbericht des Kölner Bundesinstituts machen das deutlich: Heinz Brahm, *Tohuwabohu in der Sowjetunion* (S. 21–31); Hans-Hermann Höhmann, *Sowjetische Wirtschaft 1990/91: Krise und Notstandsregime statt Systemwechsel* (S. 135–151); Ulrich Weissenburger, *Umweltprobleme in der UdSSR: Am Rande der ökologischen Katastrophe?* (S. 204–213), alle in: *Sowjetunion 1990/91*. Vgl. zusammenfassend Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 1042–1052.

³³ Lévesque, *Enigma*, S. 1. Die Aufstände im Jahr 1953 erwähnt er merkwürdigerweise nicht.

³⁴ Eisenhower hatte gefordert, die USA müssten die „versklavten Völker“ des Ostens befreien. Der noch amtierende Präsident Truman hielt ihm entgegen: „Ich bin aber durchaus überzeugt [...], dass die Republikaner durch das, was sie sagen, nicht erstreben, dieses Land zu einem schrecklichen Atomkrieg zu verpflichten, um den Eisernen Vorhang mit Gewalt aufzurollen.“

wurde auf der Basis eines Wandels in der sowjetischen Sicherheitspolitik denkbar, was seinerzeit unvorstellbar gewesen war: dass die Sowjetunion nolens volens auf die Dominanz über ihre mittelosteuropäischen Vorfeldstaaten verzichten würde.

Die sowjetische Führung unter Stalin und anfangs auch noch unter seinen Nachfolgern war in ihrer Wahrnehmung der internationalen Lage von einem Bedrohungsszenario ausgegangen, dem die Vorstellung zu Grunde lag, die kapitalistischen Staaten würden versuchen, sie „einzukreisen“³⁵. Durch Abwehrmaßnahmen gegen diese vermeintliche Bedrohung, die vor allem innenpolitisch bedingt waren³⁶, haben sie ihr als „containment“ zur Realität verholfen. Die „Einkreisung“ war durch die Eroberung der mittelosteuropäischen „Pufferstaaten“ (und natürlich auch durch die chinesische Revolution) gelockert, aber die Grundkonstellation blieb bestehen. Bei der Gründung der Kominform im Jahr 1947 hatte Andrej A. Schdanow der veränderten internationalen Lage einen aktuellen Rahmen verpasst: Die Welt sei in zwei Lager geteilt³⁷. Je stärker das „sozialistische Lager“ und je schwächer das „imperialistische Lager“ sei, desto eher seien die Sicherheit der Sowjetunion und der Frieden garantiert³⁸. Militärische Sicherheit wurde in dieser Periode als Nullsummenspiel verstanden. Im Westen gab es keinen solchen ideologischen Überbau mit totalem Geltungsanspruch, aber auch Stalins Gegner Truman dachte in einem manichäischen Weltbild und das Sicherheitsverständnis war spiegelbildlich³⁹. Die zwingende Konsequenz von militärischer Sicherheit als Nullsummenspiel ist Wettrüsten.

Nichts könnte schlechter sein, als derartige falsche Hoffnungen in Osteuropa zu erwecken, nichts könnte schlechter sein, als zu Aufständen aufzustacheln, die nur den sowjetischen Hinrichtungskommandos neue Opfer zuführen würden. Alle Europäer wissen sehr gut, dass ein Aufstand in den sowjetischen Grenzen derzeit nur erfolgreich sein könnte, wenn er eine bewaffnete Unterstützung von außen erhält.“ Vgl. Eisenhowers Rede vor der American Legion am 25. 8. 1952, in: AdG, S. 03625; Trumans Replik am 3. 9. 1952 in einer Wahlrede in Parkersburg, in: AdG, S. 03634. Zum Kontext vgl. Bernd Stöver, Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische *Liberation Policy* im Kalten Krieg 1947–1991, Köln u. a. 2002, S. 72–102.

³⁵ Masuny, NATO, S. 8.

³⁶ Es war die Befürchtung, die Große Illusion werde angesichts der Erfahrungen von Millionen Sowjetbürgern mit dem ungleich höheren Lebensstandard im Westen ins Wanken geraten und diese Ernüchterung werde zu einem ähnlichen Ferment innergesellschaftlicher Veränderung wie zu Beginn des 19. Jahrhunderts Russlands Krieg mit Frankreich. Vgl. Isaac Deutscher, Stalin. Eine politische Biographie, Stuttgart 1962, S. 586–593.

³⁷ Die Formulierung „zwei Lager“ hat wahrscheinlich Stalin in das Redemanuskript Schdanows eingefügt. Vgl. Wladislaw Subok/Konstantin Pleschakow, Der Krenl im Kalten Krieg. Von 1945 bis zur Kubakrise, Hildesheim 1997, S. 193 f.

³⁸ Vgl. Rede des Sekretärs des ZK der KPdSU, A. A. Schdanow, über die internationale Lage (30. 9. 1947), in: Curt Gasteyer (Hrsg.), Einigung und Spaltung Europas 1942–1965. Eine Darstellung und Dokumentation über die Zweiteilung Europas, Frankfurt a. M. 1965, S. 175–181. Zu den Hintergründen vgl. Scott D. Parrish/Mikhail M. Narinsky, New Evidence on the Soviet Rejection of the Marshall Plan, 1947: Two Reports (CWIHP Working Paper, 9), Washington 1994.

³⁹ Vgl. Präsident Trumans Rede zu den Grundsätzen seiner Außenpolitik in einer gemeinsamen Sitzung des Senats und des Repräsentantenhauses am 12. 3. 1947, in: AdG, S. 01038. Vgl. auch (im Zusammenhang mit dem Korea-Krieg) Peter Bender, Weltmacht Amerika – Das Neue Rom, Stuttgart 2003, S. 166 f.

Die osteuropäischen Staaten, die der Sowjetunion vor dem Krieg (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) alle feindlich gesonnen gewesen waren, hatten aus sowjetischer Sicht in der Nachkriegszeit mehrere Funktionen: Zum einen lockerten sie die „Einkreisung“ und bildeten sie einen cordon sanitaire abhängiger Staaten, dessen bloße Existenz eine Wiederholung der Geschehnisse von 1941 verhindert; ein überraschender Überfall und ein Krieg, der von Beginn an auf dem Boden der Sowjetunion ausgefochten worden wäre, war damit sehr viel unwahrscheinlicher. Zum anderen hatten die Satellitenstaaten seit Anfang der fünfziger Jahre zu den sowjetischen Rüstungsanstrengungen beizutragen⁴⁰. Und schließlich dienten ungleiche Wirtschaftsbeziehungen dem Vorteil der Sowjetunion⁴¹.

Es gab weder ideologisch noch militärisch irgendeinen Grund, warum die Sowjetunion damals einen Aufstand in einem dieser osteuropäischen Staaten hätte hinnehmen sollen. Wahrscheinlich konnten sich die sowjetischen Führer nicht einmal vorstellen, Forderungen der Aufständischen nach einem Ende der Besatzungsherrschaft und einem radikalen Wandel statt zu geben. Sie wussten 1953 zwar, dass bei der Etablierung des Systems Fehler gemacht worden waren (deshalb der „Neue Kurs“), aber das System selbst verkörperte in ihrer Ideologie unumkehrbaren historischen Fortschritt. Es wäre völlig widersinnig gewesen, auf diesen Fortschritt zu verzichten. Und dann auch noch in Deutschland zurückzuweichen, wo nach einem mörderischen Krieg ein glorreicher Sieg erfochten worden war? Die Generäle, die 1953 die sowjetischen Truppen in der DDR kommandierten, hatten selbst acht Jahre zuvor in diesem Krieg gestanden⁴². Warum hätten sie jetzt resignieren sollen?

Machtpolitisch hatte die Sowjetunion das Potential, den Aufstand in der DDR niederzuschlagen: Militär und Geheimpolizei. Außerdem war der außenpolitische Schaden, der bei militärischer Repression eintreten würde, begrenzt. Obwohl 1953 in den USA eine neue Regierung angetreten war, die eine eher konfrontative Politik verfolgte, war doch die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass sie einen Krieg riskieren würde. Unterhalb dieser Schwelle aber gab es faktisch keine Möglichkeit, eine sowjetische Intervention zu verhindern.

Gut drei Jahrzehnte später wurde die Ära Gorbatschow nicht mehr von der Illusion getragen, sich auf der Siegerstraße der Weltgeschichte zu bewegen. Nach einem schmerzhaften Lernprozess hatte sich das sowjetische Sicherheitsverständ-

⁴⁰ Auf einer Konferenz in Moskau vom 9.–12. Januar 1951 hatte Stalin den Satellitenstaaten massive militärische Aufrüstung mit der Begründung verordnet, die USA würden als Ausgleich für ihre absehbare Niederlage in Korea für den Sommer 1951 eine militärische Aggression in der östlichen Besatzungszone Österreichs vorbereiten. Vgl. Mastny, NATO, S. 30–32.

⁴¹ Vgl. Paul Marer, *The Political Economy of Soviet Relations with Eastern Europe*, in: Sarah Meiklejohn Terry (Hrsg.), *Soviet Policy in Eastern Europe*, New Haven/London 1984, S. 155–188, hier S. 156–160.

⁴² Das gilt für Marschall Sokolowski, Marschall Gretscho, Armeegeneral Schtemenko, Generalleutnant Pawlowski und Marschall Goworow; vgl. Victor Gobarev, *Soviet Military Planning and Activities during East German Uprising of June 1953*, in: *Journal of Slavic Military Studies* 10 (1997), Heft 4, S. 1–29, hier S. 12–14.

nis stark verändert: War in der Nachkriegsphase der ideologische Schlüsselbegriff die „Einkreisung“ gewesen, so sprach Gorbatschow nun – auch er aus innenpolitischen Gründen – von Öffnung, vom Bau an einem „gemeinsamen europäischen Haus“ als einem Ziel seiner Westpolitik⁴³. Das Wettrüsten wurde als ruinös für die sowjetische Wirtschaft wahrgenommen und als technologisch nicht zu gewinnen. Es war auch sinnlos, weil militärische Sicherheit nicht mehr als Ergebnis eines Nullsummenspiels verstanden werden konnte. Im nuklearen Zeitalter und angesichts gegenseitig garantierter Vernichtung war Sicherheit – zumindest aus europäischer Perspektive – ein Ziel, das nur gemeinsam mit dem potentiellen Gegner und vorrangig mit politischen Mitteln erreicht werden konnte. Solche Einsichten hatten in der politischen Elite, auf deren Denken westliche Sozialdemokraten in diesen Fragen beträchtlichen Einfluss hatten⁴⁴, mehr Anhänger als unter den Generälen. Doch das Militär war der Politik untergeordnet⁴⁵.

Da es nicht zuletzt um eine Beendigung des atomaren Wettrüstens ging, hatte das Verhältnis zur anderen Supermacht, den USA, und zu den westeuropäischen Staaten höhere Bedeutung als zu Osteuropa. Für die Sowjetunion waren die osteuropäischen Staaten in ihrem aktuellen Zustand eher Last als Gewinn: Mit Ausnahme Ungarns und Polens zeigten ihre Führungen wenig Neigung, sich der sowjetischen Reformpolitik anzuschließen und stärkten damit Gorbatschows Gegner im eigenen Land. Wirtschaftlich waren sie längst zu einem Zuschussgeschäft geworden⁴⁶. Ihre Politik aber und die erstarrten Strukturen in diesen Staaten beeinträchtigten die Glaubwürdigkeit der neuen sowjetischen Führung.

Jacques Lévesque hat den Kurs Gorbatschows als „Übergangsideologie“ vom Leninismus zur Sozialdemokratie bezeichnet⁴⁷. Das trifft die Sache ziemlich genau. Diese Übergangsideologie sollte die verloren gegangene „kommunistische Illusion“ ersetzen. Sie war der Form nach leninistisch: Die Partei sollte die Initiative zu einer großen Reformoffensive ergreifen und damit ihre „führende Rolle“ politisch legitimieren. (In verstümmelter Form findet man diese Konzeption auch in den Reden von Egon Krenz im Oktober 1989⁴⁸.) Der Inhalt von Gorbatschows Konzeption aber war weitgehend und zunehmend sozialdemokratisch: Eine „sozialistische Marktwirtschaft“ sollte mit kulturellem und gesellschaftlichem

⁴³ Gorbatschow, *Perestroika*, S. 254. Vgl. als Überblick Heinz Timmermann, *Öffnung nach Westen: Schwerpunkte sowjetischer Europapolitik*, in: *Sowjetunion 1990/91*, S. 268–277.

⁴⁴ Zu denken ist vor allem an die „Palme-Kommission“ (11. 9. 1980–17. 4. 1989), an der von sowjetischer Seite der Berater Breschnews und zugleich Freund und spätere Berater Gorbatschows, Georgi Arbatow, teilnahm. Vgl. Der Palme-Bericht, Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit „Common Security“, Berlin 1982; Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1998, S. 511–524; Lévesque, *Enigma*, S. 28–36 u. S. 73 f.

⁴⁵ Vgl. Thomas M. Nichols, *The Sacred Cause. Civil-Military Conflict Over Soviet National Security, 1917–1992*, Ithaca/London 1993, S. 145–150 u. S. 162–204.

⁴⁶ Vgl. Marer, *Political Economy of Soviet Relations*, in: Terry (Hrsg.), *Soviet Policy*, S. 171–180; Jochen Bethkenhagen, *Die Energiewirtschaft der UdSSR und ihre Verflechtung mit dem RGW*, in: *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Strukturen und Probleme*, hrsg. vom Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1987, S. 79–109, hier S. 89–91.

⁴⁷ Lévesque, *Enigma*, S. 4 u. S. 39 f.

⁴⁸ Ausführlicher dazu Süß, *Staatssicherheit*, S. 340–351 u. S. 367–380.

Pluralismus verbunden werden. Ende 1989 hat Gorbatschows Berater Georgi Schachnasarow denn auch gefordert, „die Sache zu ihrem logischen Abschluss zu bringen und die Partei in eine sozialdemokratische Partei umzubenennen, die sie auch bei ihrer Gründung gewesen ist“⁴⁹.

Die Initiative zu einem Politikwandel in den kleineren osteuropäischen Staaten sollte, nach dem Vorbild der Sowjetunion, ebenfalls von der herrschenden Partei ausgehen⁵⁰. Dabei eröffnete die sowjetische Führung ihren abhängigen Verbündeten hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Reformpolitik die Möglichkeit, einen „eigenen Weg“ zu gehen. Diese „Wege“ sollten sich jedoch noch auf dem Terrain des sowjetisch dominierten Bündnissystems befinden und nicht darüber hinaus führen. Der Warschauer Pakt als künftig vorwiegend politisches Bündnis und der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sollten zum Westen hin geöffnet werden und der Sowjetunion als Brücken zur Integration in Gesamteuropa dienen.

Dabei ist einzuräumen, dass Gorbatschow weder damals noch später – als keine diplomatischen Rücksichten mehr zu nehmen waren – eine ausgearbeitete Konzeption, die diesen Namen verdienen würde, besaß⁵¹. Sein Berater für die sozialistischen Länder, Georgi Schachnasarow, erinnert sich: „In unserer Führung machte man sich zu dieser Zeit [1988] noch keine großen Gedanken darüber, dass die Perestroika eine derart rasche Zerstörung des militärisch-politischen Blocks verursachte.“⁵² Der persönliche Berater des KPdSU-Generalsekretärs, Anatolij Sergejewitsch Tschernajew, berichtet: „Ich habe bei Gorbatschow kein besonderes Interesse für die sozialistische Gemeinschaft feststellen können.“⁵³

Wenn der Chef keine Ambitionen in dieser Beziehung hatte, so bedeutet das aber nicht, dass darüber in Moskau nicht nachgedacht worden wäre. In welche Richtung die Vorstellungen in den führenden Reformkreisen gingen und wie diskutiert wurde, ist an einigen Memoranden ablesbar, die entstanden sind, kurz

⁴⁹ Schreiben an Gorbatschow vom 27. 12. 1989, dokumentiert in: Georgi Schachnasarow, Preis der Freiheit. Eine Bilanz von Gorbatschows Berater, hrsg. von Frank Brandenburg, Bonn 1996, S. 294.

⁵⁰ Vgl. Archie Brown, Der Gorbatschow-Faktor – Wandel einer Weltmacht, Frankfurt a. M. u. a. 2000, S. 407 f.

⁵¹ Bei Gipfeltreffen in jener Zeit pflegte Gorbatschow (den internen Protokollen zufolge) sich zwar lang und breit über die Perestroika auszulassen, doch nichts Substantielles zur Situation im restlichen Osteuropa zu sagen. In den Rückblicken aus den neunziger Jahren wird nur ein ausgeprägtes Missvergnügen an dem Beharrungsvermögen und der geistigen Trägheit seiner Juniorpartner erkennbar. Vgl. beispielhaft die Ansprachen der Generalsekretäre der kommunistischen Parteien auf dem Gipfeltreffen des Warschauer-Vertrags am 7.–8. 7. 1989 in: Anlage zum Arbeitsprotokoll des SED-Politbüros vom 11. 7. 1989, in: BA Berlin, DY 30/JIV2/2A/3229; Michail Gorbatschow, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 839–848.

⁵² Schachnasarow, Preis der Freiheit, S. 115.

⁵³ Er fährt fort: „Ich war in diesen Angelegenheiten schlecht unterrichtet. Während ich Gorbatschow beobachtete und ihm zuhörte, spürte ich jedoch (und mit mir zahlreiche andere), dass er wenig begeistert von den Treffen mit Führern der sozialistischen Länder war, nur widerwillig Besuchen zustimmte und ganz und gar nicht geneigt war, ‚seine führende Rolle‘ herauszustreichen.“ Anatolij Tschernajew, Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen, Stuttgart 1993, S. 79.

nachdem Gorbatschow Ende des Jahres 1988 eine deutliche Akzentverschiebung in seiner Europapolitik von Ost- nach Westeuropa vornahm⁵⁴. Ein erheblicher Machtzuwachs der Reformer in der sowjetischen Führung im Herbst 1988 hatte ihnen neue außenpolitische Möglichkeiten eröffnet⁵⁵. Zudem war kaum mehr zu übersehen, dass die osteuropäischen Verhältnisse in Bewegung geraten waren: In jenen Wochen trat in Polen der Runde Tisch zusammen und in Ungarn hatte die herrschende Partei gerade eine Neubewertung des Aufstands von 1956 vorgenommen und grundsätzlich ein Mehrparteiensystem akzeptiert⁵⁶. Andere Warschauer-Pakt-Staaten waren noch nicht so weit.

Schachnasarow hatte deshalb schon im Herbst 1988 dem Politbüro vorgeschlagen, die neugegründete Internationale Kommission des Zentralkomitees der KPdSU zu veranlassen, Materialien für eine Diskussion dieser Fragen vorzubereiten⁵⁷. Der zuständige neue ZK-Sekretär, Alexander Jakowlew, einer der engsten Vertrauten Gorbatschows, beauftragte daraufhin mehrere Institutionen, sich über die Perspektiven für das osteuropäische Vorfeld der Sowjetunion Gedanken zu machen: das KGB, das Außenministerium, die Internationale Abteilung des ZK der KPdSU und das Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems (das unter dem Namen seines Direktors bekannte Bogomolow-Institut). Das Memorandum des KGB ist bisher nicht veröffentlicht, die anderen drei Memoranden liegen vor⁵⁸.

Es würde zu weit führen, diese Dokumente im einzelnen zu referieren. Hervorgehoben werden sollen nur einige, mit Blick auf die folgenden Ereignisse bedeutenswerte Aspekte: Einigkeit bestand in allen drei Analysen darin, dass der Status quo in den osteuropäischen Staaten nicht aufrecht zu erhalten sei. Das dort herrschende System habe sich überlebt: Sozioökonomisch sei es ungeeignet, wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Wohlstand hervor zu bringen. Politisch würde es an einem tief greifenden Legitimitätsdefizit leiden. Die Systemkrise sei in

⁵⁴ Vgl. Fred Oldenburg, *Sowjetische Außenpolitik 1985–1991*, Köln 1997, S. 11–13.

⁵⁵ Entscheidend war der partielle Führungswechsel, den Gorbatschow im Anschluss an die 19. Parteikonferenz (28. 6.–1. 7. 1988) durch eine Reorganisation des zentralen Parteiapparates im Herbst 1988 durchsetzte, verbunden mit der Besetzung neuer Schlüsselpositionen durch seine Anhänger; vgl. Brown, *Gorbatschow-Faktor*, S. 306–309; Boris Meissner, *Gorbatschow am „Rubikon“*. II. Verlauf, Ergebnisse und Folgen der Allunionistischen Parteikonferenz der KPdSU, in: *Osteuropa* 38 (1988), S. 1061–1090, hier S. 1089 f.

⁵⁶ Vgl. Hartmut Kühn, *Das Jahrzehnt der Solidarnosc. Die politische Geschichte Polens 1980–1990*, Berlin 1999, S. 399–445; László J. Kiss, *Die Reformpolitik Gorbatschows und der Umbruch in Ostmitteleuropa 1989/90 aus polnischer Sicht*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“*, Band VIII/2, *Deutscher Bundestag* (13. Wahlperiode), Baden-Baden 1999, S. 1396–1435, hier S. 1426–1429; Juan Linz/Alfred Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist Europe*, Baltimore/London 1996, S. 264–269 u. S. 305 f.

⁵⁷ [Vorlage] *Zur Sitzung des Politbüros [der KPdSU] am 6. Oktober 1988*, dokumentiert in: Schachnasarow, *Preis der Freiheit*, S. 286–288.

⁵⁸ Vgl. die Edition von Jacques Lévesque in: *Cold War International History Project Bulletin* (künftig: *CWIHP-Bulletin*), Heft 12–13 (Fall/Winter 2001), S. 49–72.

den einzelnen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten. Einige, wie die Tschechoslowakei oder die DDR, würden noch als stabil erscheinen, doch unter der Oberfläche bahnten sich auch dort schwere Turbulenzen an. Wenn die Initiative für einen Politikwechsel in diesen Ländern nicht von den herrschenden Parteien ergriffen würde, dann würde es in absehbarer Zeit wahrscheinlich zu Aufständen kommen. Natürlich konnte dafür kein genauer Zeitpunkt genannt werden, aber allzu lange würde es nicht mehr dauern. Im Fall der Tschechoslowakei vermutete das Bogomolow-Institut eine „Eskalation“ im Frühjahr oder Herbst 1989⁵⁹.

Wie sollte man sich in einem solchen Fall verhalten? Einigkeit bestand darin, dass die Sowjetunion selbst dann, wenn es zu Aufständen kommen sollte, nicht gewaltsam intervenieren dürfe⁶⁰. Eine Ausnahme sah man für den Fall vor, dass Aufstände durch bewaffnete ausländische Kräfte unterstützt würden⁶¹. ZK-Abteilung und Außenministerium meinten allerdings, man solle die Möglichkeit einer Intervention zum Schein aufrecht erhalten und gewissermaßen verhalten damit drohen, um allzu radikale Kräfte davon abzuhalten, die „Grundlagen des Sozialismus“ infrage zu stellen⁶². Dem sollten aber keine Taten folgen. Die Gründe dafür wurden in dem Gutachten des Bogomolow-Instituts am klarsten benannt: „The direct forceful intervention of the USSR into the course of events on behalf of the conservative forces that are alienated from the people, most evidently signify the end of perestroika, the crumbling of trust of the world community in us, but will not prevent a disintegration of the social-economic and social-political systems in these countries, will not exclude mass outbreaks of protest, including armed clashes. In this, not only nationally isolated events, but mutually interacting, ‚detonating‘ explosions can be expected.“⁶³

⁵⁹ Memorandum to Alexander Yakovlev from the Bogomolov Commission (Marina Sylvanskaya) February 1989, in: Ebenda, S. 52–61, hier S. 57. Ebenso das „Memorandum of the Soviet Ministry of Foreign Affairs“ (24 February 1989), in: Ebenda, S. 68–71, hier S. 70.

⁶⁰ Das hatte schon Schachnasarow in seiner Vorlage vom Oktober 1988 postuliert: „Darüber hinaus muss man sich der Tatsache bewusst sein, dass die Möglichkeit, Krisensituationen [in den sozialistischen Staaten Osteuropas] mit militärischen Mitteln ‚aus der Welt zu schaffen‘, in Zukunft vollständig auszuschließen ist.“ Schachnasarow, Preis der Freiheit, S. 287.

⁶¹ Memorandum from the International Department of the Central Committee of the CPSU to Alexander Yakovlev, February 1989, in: CWIHP-Bulletin, Heft 12–13 (Fall/Winter 2001), S. 62–68, hier S. 64.

⁶² „[...] it should leave a certain vagueness as far as our concrete actions are concerned under various possible turns of events so that we do not stimulate the antisocialist forces to try to ‚test‘ the fundamentals of socialism in a given country.“ Memorandum from the International Department, in: Ebenda, S. 66, sowie Memorandum of the Soviet Ministry of Foreign Affairs, in: Ebenda, S. 70.

⁶³ „Die direkte gewaltsame Intervention der UdSSR in den Gang der Ereignisse zur Unterstützung der konservativen Kräfte, die vom Volk entfremdet sind, würde offenkundig das Ende der Perestroika bedeuten, den Zusammenbruch des Vertrauens der Weltgemeinschaft in uns, würde aber eine Desintegration der sozioökonomischen und soziopolitischen Systeme in diesen Ländern nicht verhindern, würde massenhafte Ausbrüche des Protests nicht ausschließen, einschließlich bewaffneter Zusammenstöße. Dabei sind nicht nur national isolierte Ereignisse zu erwarten, sondern wechselseitig miteinander verknüpfte ‚Explosionen‘.“ Bogomolov Commission, in: Ebenda, S. 58.

Sowjetische Interventionen würden demnach keinen dauerhaften Erfolg bringen. Zugleich aber seien Aktionen wie die von 1953 und 1956 im Jahr 1989 nur um den Preis einer radikalen Abkehr von der Reformpolitik durchzuführen. Das interne Kräfteverhältnis in der Moskauer Führung hätte das so verändert, dass zumindest die sowjetischen „Konservativen“, die Hardliner, denen die bisherigen Reformen schon viel zu weit gingen, erneut die Oberhand gewonnen hätten, wenn nicht gar andere, russisch-nationalistische und neostalinistische Kräfte ans Ruder des Staates gekommen wären. Ausgeschlossen war das nicht⁶⁴. Der Versuch einer neuen Westpolitik und damit ein Kernelement der Reformpolitik wäre auf jeden Fall erledigt gewesen.

Die trotz solcher Befürchtungen durchscheinende Gelassenheit hinsichtlich der Entwicklung in Osteuropa hing mit weitergehenden Erwartungen zusammen, die im Rückblick sehr optimistisch erscheinen. Man glaubte in Moskau, dass das sozialistische System in diesen Ländern „tiefe Wurzeln“ geschlagen und keiner dieser Staaten auf absehbare Zeit, auch bei veränderten politischen Machtverhältnissen, die Absicht habe, den Warschauer Pakt zu verlassen⁶⁵. Es würde gelingen, meinte man, die kommunistischen Parteien zu „sozialdemokratisieren“ (ohne dass dieser Begriff verwendet worden wäre). Würden erst einmal Reformer an ihre Spitze treten, dann würden sie einen Übergang zur Marktwirtschaft (mit einem starken staatlichen Sektor), zu gesellschaftlicher Pluralität, kultureller Vielfalt und rechtsstaatlichen Verhältnissen einleiten. Selbst wenn sie, wie sich das in Ungarn abzeichnete, gezwungen wären, sich in freien Wahlen der Konkurrenz mit anderen Parteien zu stellen, bestünde wenig Anlass, an ihrem Sieg zu zweifeln. Das Ergebnis wäre ein neues System des „demokratischen Sozialismus“, angesiedelt zwischen dem „Prager Frühling“, also der Tschechoslowakei von 1968, dem „schwedischen Modell“ und einer „klassischen bürgerlichen Gesellschaft“ mit sozialdemokratischer Regierung; diese Perspektive wurde für Polen prognostiziert⁶⁶.

Man sollte diese Entwicklungen zulassen oder sogar fördern, obwohl – wie von ZK-Institut und Außenministerium betont – die Beziehungen zu den anderen osteuropäischen Staaten für die internationale Position der Sowjetunion weiterhin von erheblicher Bedeutung blieben. Ein Kurswechsel in der Blockpolitik aber diene ihren Interessen: „This will be a ‚revolution from above‘ in foreign policy which will prevent a ‚revolution from below‘.“⁶⁷ Dank des Legitimationszuwachses

⁶⁴ Vgl. Alexander Yanov, *Russian Nationalism as the Ideology of Counterreform*, in: *Radio Liberty Research Bulletin*, „Russian Nationalism Today“, Special Edition, 19. 12. 1988, S. 43–52.

⁶⁵ „[...] we should not exaggerate the danger of one of the countries simply switching to the capitalist way of development. The roots developed by socialism are very deep.“ Memorandum from the International Department of the Central Committee of the CPSU, in: *CWIHP-Bulletin*, Heft 12–13 (Fall/Winter 2001), S. 65. „[...] it seems improbable that in the foreseeable future any of the allied countries will raise the question of leaving the Warsaw Pact.“ Memorandum of the Soviet Ministry of Foreign Affairs, in: *Ebenda*, S. 69.

⁶⁶ Bogomolov Commission, in: *Ebenda*, S. 55.

⁶⁷ „Das würde eine ‚Revolution von oben‘ in der Außenpolitik sein, die eine ‚Revolution von unten‘ verhindern würde.“ Bogomolov Commission, in: *Ebenda*, S. 59.

und der Integrationskraft eines „von oben“ erneuerten politischen Systems sei es möglich, dass die bisherigen Gemeinschaftsinstitutionen, der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und vor allem die Warschauer Vertragsorganisation, in demokratisierter Form fortbeständen. Sie könnten dann – aus Sicht des Bogomolow-Instituts – eine Brücke zwischen der Sowjetunion und der EU bilden.

Diese Vorstellungen scheiterten, weil in ihnen mehrere schwerwiegende Fehlkalkulationen enthalten waren: Erstens war die Bereitschaft der herrschenden Parteien – mit Ausnahme von Polen und Ungarn – äußerst gering, sich auf einen solchen Kurswechsel überhaupt einzulassen. Dabei erhöhte die abwartende Haltung der Gorbatschow-Führung, die der neuen Nichteinmischungsdoktrin entsprach⁶⁸, ihre Glaubwürdigkeit nicht, sondern verminderte sie⁶⁹. Die Erwartung aber, dass die konservativen Parteiführer über kurz oder lang durch krisenhafte Entwicklungen zu einem Kurswechsel gezwungen werden würden, war im nachhinein gesehen nicht falsch⁷⁰. Aber dass er aus der Defensive heraus vorgenommen wurde, verhinderte, dass diese Parteien im Umbruch die Initiative behalten haben⁷¹. Zweitens überschätzten die sowjetischen Reformier die Anziehungskraft

⁶⁸ Gorbatschow schrieb nachträglich: „Nicht selten werde ich wegen meiner Politik gegenüber den Ländern Osteuropas hart kritisiert. [...] Die anderen greifen mich an, weil ich mich angeblich gegenüber Ceausescu, Honecker, Schiwkow und Husák, die ihre Völker an den Rand des Ruins gebracht hätten, zu tolerant verhalten habe. Ich weise diese Anschuldigungen entschieden zurück. Sie gehen, so scheint mir, von veralteten Vorstellungen aus – als hätten wir noch das Recht gehabt, uns rücksichtslos in die Angelegenheiten von ‚Satelliten‘ einzumischen, hier zu beschützen und dort zu bestrafen oder zu ‚exkommunizieren‘, ohne auf den Willen des Volkes zu achten!“ Gorbatschow, *Erinnerungen*, S. 847. Das ist wenig einleuchtend, weil „das Volk“ seinerzeit bekanntlich über keine legalen Möglichkeiten verfügte, seinem Willen Ausdruck zu verschaffen, und die Schaffung solcher institutionellen Möglichkeiten zu befördern, wohl noch am ehesten der Staat in der Lage gewesen wäre, dem die osteuropäischen Diktaturen ihre Entstehung verdanken.

⁶⁹ Das deutlichste Zeichen dafür war das Zögern Gorbatschows, die Intervention in der CSSR 1968 zu verurteilen und, wie von diesem selbst vorgeschlagen, Gustav Husák durch den Technokraten Lubomir Strougal zu ersetzen. Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hat noch Ende Oktober 1989, zu einer Zeit, als das ungarische und das polnische Parlament sich bereits beim tschechoslowakischen Volk für die Teilnahme ihrer Staaten an der Intervention im Jahr 1968 entschuldigt hatten, auf die Frage eines polnischen Journalisten nach einer Neubewertung dieser Ereignisse inhaltend geantwortet, das könne nur als „Gemeinschaftsaktion“ der fünf damals beteiligten Staaten geschehen. Vgl. Gorbatschow, *Erinnerungen*, S. 882 f.; Lévesque, *Enigma*, S. 59-65; Hannes Adomeit, *Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews*, Baden-Baden 1998, S. 281 f. Zu Schewardnadses Äußerung gegenüber der *Gazeta Wyborcza* (27. 10. 1989) vgl. Jiri Pehe/Jan Obrman, *Events Lead to Open Crisis*, Radio Free Europe Research, *Situation Report Czechoslovakia/24* vom 8. 12. 1989, S. 7-11, auch in: Staatsbibliothek Berlin (Mikrofiche).

⁷⁰ Vgl. „Treffen der führenden Repräsentanten der Bruderparteien sozialistischer Länder des RGW am 10. und 11. November 1986 in Moskau (autorisierte Redetexte)“, in: BA Berlin, DY 30/J/IV/2/201/1714.

⁷¹ Ein Beispiel dafür ist das geradezu tragische Schicksal von Zdenek Mlynar, dem Studienfreund Gorbatschows, führenden Reformkommunisten von 1968 und Mitbegründer der „Charta 77“: Nach zwölf Jahren Emigration kehrte er, dazu von den sowjetischen Reformern wohl ermuntert, Ende November 1989 nach Prag zurück und propagierte in einem ausführlichen Fernsehinter-

eines wie auch immer konkret ausgestalteten „Sozialismus“ und ihrer eigenen Politik. Tatsächlich hatten sie nicht mehr im Angebot als die Rückzugsmanöver einer ihrer Legitimationsgrundlage beraubten Parteiherrschaft. Aus mittelosteuropäischer Sicht gab es attraktivere Alternativen. Und schließlich unterschätzten sie die über Jahrzehnte gewachsene Ablehnung sowjetischer Hegemonie und das Misstrauen angesichts der Möglichkeit, dass der Wind wieder umschlagen könnte. Eine dauerhafte Garantie für das Selbstbestimmungsrecht der kleineren Staaten konnte nur ein Wechsel in das andere Lager bieten. Eine solche Option existierte 1953 nicht. 1989/90 wurde sie von der sowjetischen Führung zwar nicht gewollt, man war aber bereit, sie hinzunehmen.

Die DDR hatte 1953 und 1989 aus sowjetischer Sicht wegen der offenen deutschen Frage einen besonderen Stellenwert für ihre Westpolitik. Das galt nicht nur gegenüber der Bundesrepublik, sondern auch gegenüber den USA. In der Nachkriegsperiode hatte die sowjetische Führung noch geglaubt, sie könne die nationale Frage in Deutschland als Hebel einsetzen, um die Etablierung eines westeuropäischen Bündnissystems zu verhindern und die USA zum Rückzug aus Europa zu bewegen⁷². Der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands (und in gewisser Hinsicht auch Österreich) war eine Art Joker; vielleicht ließ sich mit dem Angebot der Preisgabe des Teils die Neutralisierung des Ganzen gewinnen. Zweimal versuchte die sowjetische Führung, die deutsche Karte zu spielen: mit der ersten Stalin-Note vom März 1952 und ansatzweise erneut im Frühjahr 1953, nach dem Tod des Diktators.

Auf die damit verbundene „Berija-Frage“ ist nur kurz unter dem Aspekt einzugehen, ob Berija bereit gewesen wäre, der DDR für diesen Preis die Freiheit zu geben⁷³. Nach der detaillierten Analyse von Mark Kramer zu den Auseinandersetzungen in der sowjetischen Politbürokratie im Frühsommer 1953 auf der Basis neuen sowjetischen Archivmaterials ist es eher unwahrscheinlich, dass Berija solche Absichten hatte⁷⁴. Doch selbst wenn, dann hätte ein solcher Schachzug vor-

view eine Rückkehr zum „demokratischen Sozialismus“ des „Prager Frühling“. Zudem deutete er auch noch Bereitschaft an, selbst eine Führungsrolle zu übernehmen. Zuvor hatte er sich fataler Weise mit dem neuen Generalsekretär der eben erst entmachteten KPTsch getroffen, die nach dem Strohalm einer Revitalisierung der damaligen Politik griff, um den Absturz in die Bedeutungslosigkeit zu verhindern. Damit hatte sich Mlynar, kaum angekommen, politisch ruiniert, weil man ihn für einen unzeitgemäßen Nostalgiker, wenn nicht schlimmeres, hielt. Vgl. Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990, München/Wien 1990, S. 436; Lévesque, Enigma, S. 187; Jan Urban, The Forgotten Season, in: Transitions Online (<http://archive.tol.cz/transitions/forgott1.html>, Aufruf vom 4. 9. 2003). Zur Politik der KPTsch in diesen Tagen vgl. Jiri Pehe, Czechoslovak Communist Party Publishes New Action Program, in: Radio Free Europe Research, Situation Report Czechoslovakia/25 vom 19. 12. 1989, S. 17–20, auch in: Staatsbibliothek Berlin (Mikrofiche).

⁷² Vgl. Rolf Steininger, Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 2: 1948–1955, Frankfurt a. M. 2002, S. 173–215.

⁷³ Vgl. Vladislav Zubok, „Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage ...“ Berijja, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April–Mai 1953, in: Kleßmann/Stöver (Hrsg.), 1953, S. 29–48.

⁷⁴ Vgl. Mark Kramer, The Early Post-Stalin-Succession Struggle and Upheavals in East-Central Europe. Internal-External Linkages in Soviet Policy Making (part 3), in: Journal of Cold War Studies (Fall 1999), Heft 3, S. 3–66, hier S. 4–14. Ähnlich argumentiert Wertig, der aller-

ausgesetzt, dass die Sowjetunion über die DDR verfügte. Berija hatte vielleicht auch deshalb als erstes Mitglied der politischen Führung vor der herannahenden Krise in der DDR gewarnt und die verfehlte Politik forcierter Herrschaftssicherung durch Walter Ulbricht und Genossen für die zunehmend prekäre Lage verantwortlich gemacht⁷⁵. Da es um den Machterhalt ging, scheint es ebenso logisch, dass Berija als für die Sicherheitsorgane zuständiger Minister auf die erste Nachricht vom Aufstand mit der Forderung nach brutaler Repression reagiert haben soll: „Unbedingt! Erbarmungslos! Unverzüglich!“⁷⁶ Tatsächlich gingen die sowjetischen Truppen dann zwar mit Härte vor, sie blieben aber doch darum bemüht, kein Blutbad anzurichten⁷⁷.

Ein innenpolitischer Rückkopplungsprozess solcher Repressionsmaßnahmen war 1953 aus sowjetischer Sicht nicht zu befürchten – anders als bei der zweiten revolutionären Welle 1956 und natürlich 1989. Auch 1953 gab es eine Umorientierung in Teilbereichen der sowjetischen Politik, die durchaus strittig war, und eine Fraktionierung in der sowjetischen Führung. Aber die Notwendigkeit der Absicherung des sowjetischen Vorfeldes gehörte nicht zu den Streitpunkten⁷⁸. Berija wurde wenige Tage nach dem 17. Juni nicht deshalb gestürzt, weil er für die Unterdrückung des Aufstandes eingetreten war, und umgekehrt auch nicht, weil es zu dem Aufstand infolge des von ihm und Wjatscheslaw Molotow inspirierten „Neuen Kurses“ überhaupt gekommen war. Die DDR und die dortigen jüng-

dings für den rationalen Kern der Beschuldigungen hält, dass Berija die Proklamierung des „Aufbaus des Sozialismus“ explizit revozieren wollte. (Gerhard Wettig, Berija und das Problem der deutschen Einheit im Frühjahr 1953, in: Deutschland Archiv 36 (2003), S. 599–614). Das ist einleuchtend, nicht allerdings die These, damit sei von Berija und Malenkow die Rückkehr zu einer „bürgerlich-demokratischen Ordnung“ gemeint gewesen, die angeblich im Selbstverständnis der sowjetischen Führer zuvor in der DDR geherrscht habe und nun zu einem Modell für ganz Deutschland gemacht werden sollte. Die entsprechende erste Phase von 1949 bis Sommer 1952 wurde tatsächlich als „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ bezeichnet.

⁷⁵ Autor eines einschlägigen Memorandums war der Leiter der Ostberliner Residentur des sowjetischen Innenministeriums, Oberst Iwan Fadejkin, Anlass war die Fluchtelle aus der DDR. Das Papier stammte vom 6. 5. 1953. Vgl. Kramer, Post-Stalin-Succession Struggle (part 1), S. 23; George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy, Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 203–205; Zubok, Berija, S. 38; Elke Scherstjanoi, Die sowjetische Deutschlandpolitik nach Stalins Tod 1953. Neue Dokumente aus dem Archiv des Moskauer Außenministeriums, in: VIZ 46 (1998), S. 497–549, hier S. 515; Wettig, Berija, S. 609.

⁷⁶ So Berija in der Nacht vom 16. zum 17. 6. 1953 laut Molotov, zit. nach Scherstjanoi, Deutschlandpolitik, S. 528.

⁷⁷ Vgl. Kowalczyk, 17. Juni 1953, S. 129 f.

⁷⁸ Unstrittig war die Abkehr vom „Personenkult“ und eine Abmilderung und Verrechtlichung der Repression und verbunden damit die Schmälerung der Machtbefugnisse der Sicherheitsapparate. Weniger Konsens bestand in der Frage, wie weit eine stärkere Berücksichtigung von Konsumbedürfnissen gehen sollte. Strittig war u. a. die Nationalitätenpolitik und welche Schritte in Richtung einer vorsichtigen Öffnung zum Westen zu gehen waren. Vgl. James Richter, Reexamining Soviet Policy Towards Germany during the Beria Interregnum (CWIHP Working Paper, 3), Washington 1992; Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion, S. 757 ff.; Hans-Henning Schröder, „Lebendige Verbindung mit den Massen“. Sowjetische Gesellschaftspolitik in der Ära Chrusčev, in: VIZ 34 (1986), S. 523–560.

sten Ereignisse gehörten ursprünglich gar nicht zu den Anklagepunkten⁷⁹. Der wirkliche Grund war, dass Berija der für alle bedrohlichste Prätendent auf die Macht war. Der Vorwurf, er habe die DDR preisgeben wollen, erleichterte es Chruschtschow, für sein Machtspiel Unterstützung zu finden. Wegen dieser Vorgeschichte war die deutsche Frage nach seinem Sturz lange Jahre tabu⁸⁰.

Der amerikanischen Seite hat der Verlauf und die Niederschlagung des Aufstands vom Juni 1953 die Grenzen einer Politik gezeigt, die über die „Eindämmung“ hinausgehen wollte. Das Drama wiederholte sich drei Jahre später in Ungarn und machte endgültig klar, dass eine „Befreiungspolitik“, die eine aktive Unterstützung von Aufständen eingeschlossen hätte, mit den Sicherheitsinteressen der USA und ihrer Verbündeten unvereinbar war⁸¹. Das sollte sich erst Ende der achtziger Jahre ändern.

Die neue Regierung von George Bush sen., die Anfang des Jahres 1989 ins Amt gelangt war, hat mit ihrer Vorgängerregierung gerade in der Politik gegenüber der Sowjetunion ziemlich radikal gebrochen. Ronald Reagan hatte in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit ein Vertrauensverhältnis zu Michail Gorbatschow entwickelt und dessen Politik als Chance begriffen, nicht nur die Ost-West-Beziehungen zu verbessern, sondern darüber hinaus, die Welt von der Geißel der Atomwaffen zu befreien. Bush dagegen betrachtete die Rede vom „gemeinsamen europäischen Haus“ als sowjetische Propaganda, die darauf zielte, den Einfluss der USA zu schwächen⁸², und er hielt nichts von weitgehender atomarer Abrüstung gerade in Europa. Stattdessen wollte er der „Gorbimanie“ in Europa und speziell in Deutschland entgegenwirken, weil sie amerikanische Interessen zu schmälern drohte. Vor allem aber sah er und seine Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat die Chance, über die „Eindämmung“ der Sowjetunion hinauszugehen, die europäische Nachkriegsspaltung zu überwinden und die osteuropäischen Staaten nach Westeuropa zurückzuholen⁸³. Ein Hebel dazu sollte, schon ab Frühjahr 1989, die Thematisierung der „deutschen Frage“ und die Wiedervereinigung als Ziel operativer Politik sein. Sie sollte zur entscheidenden Probe für die Ernsthaftigkeit der neuen Politik Gorbatschows gemacht werden⁸⁴. In der Konsequenz bedeutete das eine sehr viel eindeutigeren Unterstützung der

⁷⁹ Vgl. Mark Kramer, *The Early Post-Stalin-Succession Struggle and Upheavals in East-Central Europe. External Linkages in Soviet Policy Making (part 2)*, in: *Journal of Cold War Studies* (Spring 1999), Heft 2, S. 3–38, hier S. 18 f. u. S. 25–34.

⁸⁰ Vgl. Kramer, *The Early Post-Stalin-Succession Struggle (part 3)*, S. 7 f. Eine andere Position vertritt, auf weniger überzeugender Quellengrundlage Amy Knight, *Beria. Stalin's First Lieutenant*, Princeton 1993, S. 180–200.

⁸¹ Vgl. Stöver, *Befreiung*, S. 793–810.

⁸² Vgl. Brown, *Gorbatschow-Faktor*, S. 379; Philip Zelikow/Condoleezza Rice, *Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas*, Berlin 1997, S. 58.

⁸³ Vgl. Robert L. Hutchings, *Als der Kalte Krieg zu Ende war. Ein Bericht aus dem Innern der Macht*, Berlin 1999, S. 58–62. Hutchings war von 1989 bis 1992 Leiter der Abteilung Europäische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat der USA.

⁸⁴ Vgl. Alexander von Plato, *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle*, Berlin 2002, S. 20 f.; Zelikow/Rice, *Sternstunde*, S. 57–59.

Deutschlandpolitik der Regierung von Helmut Kohl als durch die anderen westlichen Bündnispartner.

Vor allem aber engte eine solche Politik den sowjetischen Handlungsspielraum weiter ein. War schon im Jahr 1981, noch unter Leonid Breschnew, die Angst vor dem völligen Zusammenbruch der Entspannungspolitik und vor westlichen Sanktionen der wesentliche Grund dafür gewesen, dass die Sowjetunion in Polen vor einer Intervention zurückschreckte, so mussten solche Befürchtungen nun noch weit mehr Gewicht haben: Die sowjetischen Reformer hätten damit den Kooperationspartner verloren, den sie aus eigener Sicht für einen Erfolg ihrer Politik unbedingt benötigten.

Ursachen und Auslöser der Aufstände

Der Aufstand von 1953 war die Reaktion auf eine Transformationsoffensive des Regimes. Die Revolution von 1989 fand statt, als sich das System strukturell in der Defensive befand. Und es gab, anders als 1953, eine Alternative. Beiden Aufständen war gemeinsam, dass sie sich gegen eine als ungerecht und illegitim empfundene Herrschaft richteten. Aber die strukturellen Ursachen waren bei genauerer Betrachtung doch recht unterschiedlich.

Die DDR hatte bekanntlich in den ersten Jahren ihres Bestehens einen ideologisch definierten Status, der geringer war, als jener der „Volksdemokratien“. Dabei war die niedrigere Einstufung als „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ ideologischer Ausdruck einer prekären staatlichen Existenz, die abhängig war von den Machtstrategien der Moskauer Führung, auf die die SED-Spitze kaum Einfluss hatte. Erst als der sowjetische Diktator nach dem Scheitern seiner Noten-Initiative von 1952 die Erlaubnis gab, auch im deutschen Teilstaat den „Aufbau des Sozialismus“ – nicht allzu laut – zu proklamieren, konnte die DDR im eigenen Lager den Anschluss finden. Die strukturellen Weichenstellungen waren zu diesem Zeitpunkt, außer in der Landwirtschaft, bereits erfolgt. Nun aber wurde versucht, mit einem besonders rabiaten Kurs „sozialistischen Aufbaus“ jeglichen politischen und sozialen Widerstand präventiv auszuschalten und zugleich militärisch aufzurüsten, was auf Kosten des ohnehin kärglichen Lebensstandards der Bevölkerung ging. Damit verletzte die SED-Führung innerhalb weniger Monate die Interessen fast aller relevanten Bevölkerungsgruppen. Die Umformung von Staat und Gesellschaft nach stalinistischem Modell bedeutete einen Angriff auf Arbeiter, Bauern, Handwerker, privaten Handel, Intelligenz, Kirche, Schüler und Studenten – also gegen den größten Teil der Bevölkerung⁸⁵. Die unmittelbare Folge war eine Fluchtwelle. Von sowjetischer Seite wurden die wachsenden Flüchtlingszahlen als akutes Krisensymptom wahrgenommen, das sie veranlasste, die DDR-Spitze zu einem Kurs-

⁸⁵ Vgl. zusammenfassend Falco Werkentin, Der totale soziale Krieg. Auswirkungen der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2002), S. 23–54.

wechsel zu drängen⁸⁶. Die SED-Führung selbst hatte die Bedeutung dieses Zeichens offenkundig nicht erkannt. Der 17. Juni war die Quittung für diese Politik. Es bedurfte nur noch eines Auslösers für offenen Protest.

Im Jahr 1989 gab es eine vergleichbare Konstellation: Dynamik und Bedeutung der Fluchtwelle, die im Sommer eine ähnliche Größendimension wie im ersten Halbjahr 1953 erreichte, wurden von der SED-Führung erneut unterschätzt. Das war umso folgenschwerer, als diesmal nicht so sehr „Moskau“ alarmiert war als die eigene Bevölkerung. Der positive Rückkopplungseffekt aber, der zustande kam durch die Verknüpfung von Fluchtbewegung, heftigen Debatten in der DDR-Gesellschaft über die Ursachen dieser Bewegung und der Bürgerrechtsbewegung, die zum Sprecher der wachsenden Unruhe wurde, hat die revolutionäre Konstellation erst hervorgebracht⁸⁷.

Der Revolution von 1989 war keine unmittelbar einschneidende Verletzung sozialer Interessen vorausgegangen. Als Konsequenz aus dem 17. Juni, dessen Wiederholung sie fürchteten, hatte die SED vielmehr in den Jahren zuvor sozialpolitische Zugeständnisse gemacht, die dauerhaft nicht finanzierbar waren. Dennoch hatte das Regime, über seine bloße Existenz hinaus, in verschiedener Hinsicht soziale Interessen verletzt: Es ist das Integrationsangebot erwähnt worden, das im sozialen Aufstieg aus bisher unterprivilegierten Schichten bestand. Dieses Angebot galt nur so lange, bis die frühere Mittel- und Oberschicht ersetzt war, also bis Ende der fünfziger Jahre. Als sich die neue „sozialistische“ Oberschicht erst einmal etabliert hatte, zeigte sie sowohl zähes Beharrungsvermögen wie eine wachsende Neigung unter sich zu bleiben. In der Ära Honecker war die DDR eine Gesellschaft mit geringer vertikaler Mobilität und dominanter Tendenz zur Selbstreproduktion der sozialistischen Dienstklasse und der Intelligenz allgemein⁸⁸. Das Problem verschärfte sich noch dadurch, dass das Bildungsniveau der Bevölkerung inzwischen erheblich zugenommen hatte. So war der Anteil von Hoch- und Fachschulabsolventen unter den Erwerbstätigen von Mitte der fünfziger Jahre bis 1988 von ca. 5 Prozent auf 26 Prozent gestiegen⁸⁹. Die Karriereleitern aber waren blockiert, das System war durch seine streng hierarchisch-zentralistische Struktur ausgesprochen partizipationsfeindlich.

Ein System, das die Bürger entmündigt und zu Untertanen macht, wird bei höherem Bildungsniveau als noch frustrierender empfunden, als es ohnehin ist.

⁸⁶ In der bereits erwähnten Vorlage der Ostberliner Residentur des sowjetischen Innenministeriums vom 6.5.1953 war darauf hingewiesen worden, dass im I. Quartal 1953 die Flüchtlingszahl bereits höher gelegen hatte als im III. und IV. Quartal 1952 zusammengenommen. Vgl. Bailey/Kondraschow/Murphy, *Die unsichtbare Front*, S. 203.

⁸⁷ Vgl. Jens Reich, 1989. *Tagebuch der Wende* (1. Folge), in: *Die Zeit* vom 9. 9. 1994, S. 6.

⁸⁸ Vgl. Heike Solga, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*, Berlin 1995; Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur gesellschaftlichen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland*, Bonn 1992, S. 208–211. Die politischen Weichenstellungen, die zu dieser Politik geführt haben, sind rekonstruiert worden von Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997.

⁸⁹ Vgl. Geißler, *Sozialstruktur*, S. 214.

In der sowjetischen Reformdebatte vor dem Amtsantritt von Gorbatschow war das ein wesentlicher Aspekt⁹⁰. Im Fall der DDR kamen aufgrund ihrer speziellen Situation noch bessere Informationsmöglichkeiten verschärfend hinzu: Westfernsehen und erweiterte Reisemöglichkeiten in den achtziger Jahren. Es hatte deshalb mehr als nur symbolische Bedeutung, dass am Vorabend der Revolution in der DDR ein Buch in einschlägig interessierten Kreisen Furore machte, das den Titel hatte „Der vormundschaftliche Staat“⁹¹.

Loyalität könnte auch darauf basieren, dass das staatliche Werteangebot von den einfachen Bürgern zwar nicht mehr akzeptiert, dass diese sich aber von einer materiell respektablen Regierungsleistung beeindruckt lassen⁹². In der DDR der achtziger Jahre war das Gegenteil der Fall. Die miserable *performance* war an vielen Aspekten des Alltagslebens erkennbar: von der kritischen Versorgungssituation und den jahrzehntelangen Wartezeiten auf Privatwagen bis zum Verfall der Innenstädte. Ein weiteres Beispiel ist die Privilegienstruktur. Privilegien binden diejenigen, die sie genießen, und frustrieren die, die von ihnen ausgeschlossen sind, wenn sie nicht Ausdruck einer gemeinsamen Wertordnung sind. Eine Eigentümlichkeit der DDR lag darin, dass zwei unterschiedliche Privilegienstrukturen miteinander konkurrierten. Die eine Struktur ergänzte die Machtstruktur: Zugang zu mehr höherwertigen Konsumgütern oder besseren Freizeitmöglichkeiten hatten nur die Stützen des Systems. Die andere Privilegienstruktur hing an der Nähe zur Bundesrepublik: Sie beinhaltete etwa den Zugang zu Devisen und die Möglichkeit zu – in den achtziger Jahren ganz erheblich ausgeweiteten – Westreisen in familiären Angelegenheiten⁹³. Sieht man von Künstlern und Sportlern ab, dann waren den systemtragenden Bevölkerungsgruppen diese Privilegien weitgehend verschlossen. Gerade aus ihrer Mitte kam deshalb die Klage – gewiss eine durch die Zweistaatlichkeit einer Nation mitbedingte Merkwürdigkeit dieses Regimes –, sie gehörten zu den Unterprivilegierten einer Zwei-Klassen-Gesellschaft⁹⁴. Das war insofern schwer zu entkräften, als es kein Argument gab, außer bloßen Nützlichkeitserwägungen, mit dem die

⁹⁰ Vgl. Moshe Lewin, Gorbatschows neue Politik. Die reformierte Realität und die Wirklichkeit der Reformen, Frankfurt a. M. 1988, S. 48–54; Walter Süß, Die Gesellschaftspolitik der SED vor den Herausforderungen der sowjetischen Reformdiskussion, in: Ilse Spittmann/Gisela Helwig (Hrsg.), Veränderungen in Gesellschaft und Politischem System der DDR. Ursachen – Inhalte – Grenzen. Einundzwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 24. bis 27. Mai 1988, Köln 1988, S. 25–37.

⁹¹ Vgl. Rolf Henrich, Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Reinbek 1989.

⁹² Vgl. Sigrid Meuschel, Integration durch Legitimation? Zum Problem der Sozialintegration in der DDR, in: Ilse Spittmann-Rühle/Gisela Helwig (Hrsg.), Ideologie und gesellschaftliche Entwicklung in der DDR. Achtzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 28. bis 31. Mai 1985, Köln 1985, S. 15–29.

⁹³ 1980 durften 40455, 1985 66000 und 1988 1460000 DDR-Bürger unterhalb des Rentenalters in die Bundesrepublik (ohne Westberlin) reisen. Vgl. Peter Bender, Die Neue Ostpolitik und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995, S. 360.

⁹⁴ Vgl. das Stimmungsbild der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS vom 27. 1. 1989: Hinweise zur Reaktion der Bevölkerung auf die Verordnung über Reisen

zweite Privilegienstruktur ideologisch zu rechtfertigen gewesen wäre, und mit dem der Frustration der eigenen Anhänger hätte entgegengewirkt werden können.

Verglichen mit 1953 hatten sich in dieser Beziehung die Legitimationsprobleme des Regimes 1989 noch verschärft. Auch wenn sich an den Aktionen im Juni 1953 nur eine Minderheit beteiligt hat, war der Aufstand doch ein deutliches Zeichen dafür gewesen, dass die Basis des Systems schmal war. Andererseits konnte das Regime den Anpassungswilligen damals noch mindestens zweierlei bieten: sozialen Aufstieg und die Illusion, in einem zukunftssträchtigen System zu leben. Davon war 1989 fast nichts übrig geblieben.

Zudem wurde jetzt die Kontingenz des historischen Prozesses erfahrbar. Der Aufstand vom 17. Juni war für das Regime gewiss ein Desaster gewesen, das seine Glaubwürdigkeit – so weit vorhanden – tief erschüttert hatte. Aber hinsichtlich solcher Situationen hat Adam Przeworski zutreffend argumentiert: „Bedrohlich ist für autoritäre Regime nicht der Zusammenbruch der Legitimität, sondern die Organisation von Gegenhegemonie: kollektive Entwürfe einer anderen Zukunft. Nur wenn es kollektive Alternativen gibt, steht dem isolierten Einzelnen eine politische Wahlmöglichkeit offen.“⁹⁵

1953 gab es keine Alternative, die eine echte Wahlmöglichkeit eröffnet hätte. Nachdem die sowjetischen Panzer aufgeföhren waren, flohen viele Streikführer deshalb noch in der Nacht in den Westen. Es war das Klügste, was sie tun konnten. In dieser Beziehung war die Situation Ende der achtziger Jahre völlig anders. Es gab nacheinander sogar zwei Alternativen, die als realisierbar gelten konnten: zuerst das Modell „Perestroika“, dann die bundesrepublikanische Ordnung. Spätestens seit 1987 war nicht mehr zu übersehen, dass zwischen der SED-Führung und den sowjetischen Reformpolitikern tief greifende Differenzen bestanden⁹⁶. Damit aber wurde die Sowjetunion im Wandel selbst zu einer Alternative. Dabei waren nicht so sehr die realen Verhältnisse wichtig, entscheidend war das Bild, das vor allem über die Westmedien von Gorbatschow, Perestroika und Glasnost vermittelt wurde.

Von den SED-Ideologen konnten die institutionellen Veränderungen in der Sowjetunion noch mit dem Argument abgewertet werden, sie seien nur der dortigen rückständigen Lage angemessen. Die Stalinismus-Diskussion aber, die sich im

von Bürgern der DDR nach dem Ausland vom 30. November 1988, in: Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (künftig: BStU), ZA, ZAIG 4246, Bl. 1–11.

⁹⁵ Adam Przeworski, Spiel mit Einsatz. Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo, in: Transit (1990), Heft 1, S. 190–213, hier S. 191.

⁹⁶ Auslöser waren auf sowjetischer Seite das Januar-Plenum des Zentralkomitees, auf dem Gorbatschow seine berühmte Rede über die Notwendigkeit einer Demokratisierung gehalten hatte; auf DDR-Seite das Interview des ZK-Sekretärs für Ideologie, Kurt Hager, mit dem „Stern“, in dem er die sowjetische Perestroika mit dem „Tapezieren“ einer Nachbahrwohnung verglich. Vgl. Walter Süß, Größere Eigenständigkeit im Dienste des Status quo. Die DDR und ihre Blockführungsmacht, in: Gert-Joachim Glaebner (Hrsg.), Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft. Festschrift für Hartmut Zimmermann, Opladen 1988, S. 186–213, hier S. 203–208.

Rahmen von „Glasnost“ entwickelte⁹⁷, war so nicht abzuwehren: Es ging um eine Umwertung der gemeinsamen Geschichte. Diese sowjetische Diskussion zerstörte einen tragenden Pfeiler der Legitimitätsbasis der Partei. Wie empfindlich die SED-Führung sich dadurch getroffen fühlte, ist daran ablesbar, in welchem Ton selbst der Generalsekretär sich über die Stalinismusdebatte äußerte, die er als „Gequake wildgewordener Spießer“ bezeichnete⁹⁸. Man kann sich kaum vorstellen, dass Ulbricht über Chruschtschows Geheimrede von 1956 öffentlich in einem ähnlichen Ton gesprochen hätte.

Kritisch eingestellten DDR-Bürgern bot die sowjetische Reformpolitik eine Berufungsmöglichkeit und die Hoffnung, auch in ihrem Land seien entsprechende Veränderungen in absehbarer Zeit möglich. Ebenso wichtig war der Effekt bei den dezidierten Anhängern des Systems. Es brachte sie in eine Art kognitiver Dissonanz: Wem sollten sie folgen – der eigenen Führung oder der KPdSU als der Partei, die sie oft seit ihrer Kindheit als die führende Kraft betrachtet hatten?

Der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Parteikontrollkommission der SED Werner Müller thematisierte dieses Dilemma Anfang 1989 in einer Rede. Vor Parteisekretären aus dem Ministerium für Staatssicherheit sagte er über SED-Mitglieder, die die Abgrenzung von der sowjetischen Politik kritisierten und die es vereinzelt auch bei der Stasi gab: „Und du als Mitglied der SED hast dich nach denjenigen zu richten, Beschlüssen meine ich, wo du Mitglied bist. Und nicht nach den[en] in der KPdSU oder in Ungarn oder in der CSSR oder in Polen oder weiß der Teufel wo. Wenn sie das wollen, können sie ja Mitglied der KPdSU werden. Ob die sie nehmen, weiß ich nicht, bei uns haben sie nichts zu suchen.“⁹⁹

Das war eindeutig. Da der Redner aber zugleich betonte, dass die DDR ohne Unterstützung durch die Sowjetunion nicht existieren könne, löste er das Dilemma nicht auf, in dem sich seine Zuhörer befanden. Es war nicht aufzulösen. Die Folge war, dass auch die Angehörigen der Sicherheitsapparate, als die Forderung nach Perestrojka in der DDR im Herbst 1989 auf der Straße erhoben wurde, tief verunsichert waren. Das Feindbild stimmte nicht mehr, und es schien – da das sowjetische KGB die Perestrojka bis dahin gut überstanden hatte – auch für sie eine Alternative zu geben. Eine vergleichbare Alternative hatte 1953 nicht existiert.

Auslöser des Aufstandes waren in beiden Fällen Ereignisse, die Unsicherheiten des Regimes demonstrierten und zugleich Empörung auslösten. Dahinter stand im einen wie im anderen Fall die Tatsache, dass die SED-Spitze von der sowjetischen Führung zu einem neuen Kurs gedrängt worden war, der auf eine

⁹⁷ Vgl. Robert W. Davies, *Perestrojka und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie*, München 1991.

⁹⁸ Erich Honecker, *Mit dem Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen. Aus dem Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des Zentralkomitees der SED*, in: *Neues Deutschland vom 2. 12. 1988*, S. 3–10, hier S. 3.

⁹⁹ Zit. nach Süß, *Staatssicherheit*, S. 108. Zur damaligen Stimmungslage in der Staatssicherheit ausführlicher ebenda, S. 105–114.

Abschwächung der Diktatur zielte. Die SED-Führung folgte dem mit erkennbar geringer Begeisterung und signalisierte damit sowohl Differenzen mit der sowjetischen Vormacht wie eigene Schwäche.

Im Juni 1953 führte der „Neue Kurs“ in Verbindung damit, dass die Normerhöhung für die Arbeiterschaft nicht zurück genommen werden sollte, zum Aufstand¹⁰⁰. 1989 gibt es nicht das eine Datum, das als Beginn der Revolution fixiert werden könnte, wohl aber eine Woche: die Zeit vom 3. bis zum 9. Oktober. Sie begann mit der Schließung der Grenze zur Tschechoslowakei, um der Fluchtwelle Herr zu werden. Wie von einem hohen ZK-Mitarbeiter damals vorausgesagt, aber von Honecker ignoriert worden war, führte das fast unmittelbar zur Explosion: in Dresden¹⁰¹. Es folgten die gewalttätigsten Auseinandersetzungen, zu denen es in dieser Revolution überhaupt kam. Am darauffolgenden Wochenende steigerten die in empörendem Kontrast zur desolaten Lage stehenden Jubelfeiern zum 40. Jahrestag der DDR mit dem Ehrengast Michail Gorbatschow den Protest, der dann in der berühmten Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig gipfelte.

Hier zeigt sich eine Gemeinsamkeit mit dem 17. Juni: In beiden Fällen gab es Provokationen des Regimes, die das Fass zum Überlaufen brachten. 1953 war es das Eingeständnis der SED-Führung, „Fehler“ begangen zu haben¹⁰², ohne dass die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft gezogen worden wären. Das stand in schreiendem Gegensatz dazu, dass in den Monaten zuvor bei den Arbeitern selbst kleinste Normverletzungen drakonisch bestraft worden waren¹⁰³. Unmittelbarer Auslöser war dann ein Artikel in der Gewerkschaftszeitung vom 16. Juni über die Beibehaltung der Normerhöhung¹⁰⁴. 1989 war der Katalysator allgemeiner Empörung ein Kommentar im Neuen Deutschland vom 2. Oktober, in dem erklärt wurde, man solle den Ausreisenden „keine Träne nachweinen“¹⁰⁵. In den folgenden Tagen wirkten die Festreden zum 40. Jahrestag und die Einschüchterungsversuche der Leipziger SED-Zeitung vor der Demonstration am 9. Oktober provozierend¹⁰⁶. 1953 war der Adressat der Provokation spezifisch: die Arbeiter. 1989 waren die Adressaten unspezifisch: Es waren all diejenigen, die den Ausrei-

¹⁰⁰ Über diesen Punkt besteht in der Forschung Einigkeit. Genannt sei nur als jüngerer Beleg auf breiter Quellenbasis Kowalczyk, 17. Juni 1953, S. 95–103.

¹⁰¹ Vgl. „Vorschläge zur generellen Lösung des Problems der illegalen Ausreisen“ [Entwurf: Wolfgang Herger], Anlage zu Hausmitteilung von E. Krenz an E. Honecker vom 3. 10. 1989, in: BStU, ZA, Rechtsstelle 101, Bl. 2 f.

¹⁰² Beschluss des Politbüros vom 9. Juni 1953. Dok. in: Spittmann/Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953, S. 181 f.

¹⁰³ Vgl. Fricke/Engelmann, „Tag X“, S. 38.

¹⁰⁴ Vgl. Otto Lehmann, Zu einigen schädlichen Erscheinungen bei der Erhöhung der Arbeitsnormen, in: Tribüne vom 16. 6. 1953, Nachdruck (Auszug) in: Spittmann/Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953, S. 184 f. Zur Bedeutung dieses Artikels für den Streikbeginn in der Stalin-Allee vgl. auf Basis zeitnaher Augenzeugenberichte Joachim G. Leithäuser, Der Aufstand im Juni. Ein dokumentarischer Bericht, in: Der Monat (Teil I) 5 (1953), Heft 60, S. 595–624; (Teil II) 5 (1953), Heft 61, S. 45–66, hier S. 603 f.; Kramer, Early Post-Stalin-Succession Struggle (part 1), S. 43.

¹⁰⁵ „Sich selbst aus anerer Gesellschaft ausgegrenzt“, in: Neues Deutschland vom 2. 10. 1989.

¹⁰⁶ Zu denken ist an die Drohung eines Kampfgruppenkommandeurs, „die konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß mit der Waffe in der

senden durchaus Tränen nachweinten, weil es sich um ihre Verwandten, oft die Kinder, oder Kollegen handelte, und die das starke Gefühl hatten, in dieser Situation gäbe es nichts zu feiern.

Die Akteure

Während im Juni 1953 noch machtvolle kollektive Akteure auf die Bühne des Geschehens traten, konstituierten sich die meisten Demonstranten 1989 erst in der Aktion als soziale Bewegung. In dieser Veränderung kamen Wandlungen zum Ausdruck, denen die DDR-Gesellschaft in der Zwischenzeit unterworfen gewesen war. Das Rückgrat des Aufstands von 1953 war die Arbeiterschaft. Ihre Aktionen waren es, die auch Angehörige anderer sozialer Schichten mitgerissen haben¹⁰⁷. Für diese dominante Rolle der Arbeiterschaft hatten Vorerfahrungen entscheidende Bedeutung. Es gab noch lebendige Erfahrungen kollektiven Kampfes: aus der Weimarer Republik, aus den unmittelbaren Nachkriegsjahren, aus der Auseinandersetzung um die Betriebskollektivverträge von 1951¹⁰⁸, und zuletzt aus einer Reihe von Streiks im ersten Halbjahr 1953¹⁰⁹. Die Arbeiterschaft war 1953 noch eine soziale Schicht, die zu kollektiven Aktionen gegen die Mächtigen in der Lage war. Neben diesem Erfahrungshintergrund hat dabei gewiss auch die Tatsache eine Rolle gespielt, dass die Sicherheitsorgane in den Betrieben nur schwach verankert waren.

Das hat sich in den folgenden Jahren und Jahrzehnten grundlegend verändert. Das vorherrschende Instrument des Protestes war in den achtziger Jahren nicht der kollektive Streik, sondern die meist individuelle „Eingabe“ – eine untertänige Form, die an feudale Verhältnisse erinnert¹¹⁰. Die Individualisierung der Protestformen der abhängig Beschäftigten zeigte in der Revolution von 1989 Folgen: Die Betriebe wurden erst im November/Dezember zu Orten kollektiven Aufbruchs, als die Macht des Regimes bereits gebrochen war¹¹¹. Trotzdem ist unter

Hand“, Leserbrief an die Leipziger Volkszeitung vom 6. 10. 1989, Nachdruck in: Jetzt oder nie – Demokratie. Leipziger Herbst '89, hrsg. vom Neuen Forum Leipzig, München 1990, S. 63.

¹⁰⁷ Ablesbar ist das – außer am Ablauf der meisten lokalen Aufstände – auch daran, dass von den Personen, die bis Anfang Oktober 1953 wegen Teilnahme am Juni-Aufstand verurteilt worden sind, 88 % Arbeiter waren. Vgl. Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, Berlin ²1997, S. 147.

¹⁰⁸ Vgl. Axel Bust-Bartels, Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953. Ursachen, Verlauf und gesellschaftspolitische Ziele, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 25/1980, S. 24–54, hier S. 37–43.

¹⁰⁹ Vgl. Kowalczyk, 17. Juni 1953, S. 65–70; Benno Sarel, Arbeiter gegen den „Kommunismus“. Zur Geschichte des proletarischen Widerstandes in der DDR (1945–1968), München 1975 (Nachdruck o.O. o.J.), S. 130–139.

¹¹⁰ Vgl. Renate Hürtgen, „Keiner hatte Ahnung von Demokratie, im Betrieb sowieso nicht.“ Vom kollektiven Widerstand zur Eingabe oder Warum die Belegschaften 1989 am Anfang eines Neubeginns standen, in: Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hrsg.), Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekannte Seite der DDR-Revolution. Diskussion, Analysen, Dokumente, Berlin 2001, S. 183–204.

¹¹¹ Vgl. Renate Hürtgen, „Die Erfahrung laß ick mir nicht nehmen!“ Demokratieversuche der Belegschaften in den DDR-Betrieben zwischen Oktober 1989 und Januar 1990, in: Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hrsg.), „... das war doch nicht unsere Alternative“. DDR-Oppositio-

Kollegen auch zuvor heftig diskutiert worden. Anfang September berichtete die Staatssicherheit: Die „allgemeine Stimmungslage unter großen Teilen der Werktätigen, besonders in den Betrieben“ sei beunruhigend schlecht¹¹².

Bei einer Dienstbesprechung am 31. August 1989, also am Vorabend der Revolution, hatte Erich Mielke einen seiner Bezirkschefs gefragt: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ Das zeigt, dass jener Tag auch für die Herrschenden ein Trauma war, das sie bis zu ihrem Ende verfolgte. Das bedeutet aber nicht, dass die Stasi-Oberen damals schon die Zeichen der Zeit erkannt hätten. Der Bezirkschef von Gera, der gefragt worden war, hatte eifertig geantwortet: „Der ist morgen nicht, Genosse Minister, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da.“¹¹³ Was war der Kontext dieser Äußerungen? Mielke hatte die Bezirkschefs vorher über die Lage in ihrem Verantwortungsbereich berichten lassen, und einer nach dem anderen hatte behauptet, in seinem Verantwortungsbereich sei alles unter Kontrolle. Auch der Geraer Stasi-Chef hatte erklärt, es sei alles „stabil“, aber wegen der Flüchtlingswelle über Ungarn würden „auch progressive Kräfte nachdenklich“. Das hatte Mielke zu seiner Frage provoziert, und der Geraer Bezirkschef hatte sofort einen Rückzieher gemacht. Mit einer weiteren Ausnahme – der Leipziger Stasi-Chef sprach von wachsendem Protest – war dann Ruhe.

Sechs Wochen später, am 16. Oktober, war die Unruhe unübersehbar geworden. Erich Mielke schickte eine „Information“ zur Stimmung in der Bevölkerung an Egon Krenz – nur an ihn, was ungewöhnlich war. Es war der Tag vor dem Sturz von Honecker. Die „Information“ war mit einer Begleitnotiz des Ministers versehen: „Wie ernst die Lage ist, wird hiermit natürlich noch deutlicher, besonders, da es jetzt schon um die Fragen der Arbeiter geht.“¹¹⁴ Das Problem aus dieser Sicht war also, zu verhindern, dass die Arbeiter selbst die Antwort auf ihre Fragen gaben – wie 1953.

Obwohl es zur Destabilisierung der innerbetrieblichen Strukturen erst kam, als „die Straße“ bereits den Demonstranten gehörte, sind Unzufriedenheit und Unruhe dort schon zuvor artikuliert worden. Die mobilisierende Wirkung dieser Spannungen belegen die Demonstrationenzahlen: die 40 000, die am 28. Oktober in Plauen (einer Stadt mit 74 000 Einwohnern), oder die 300 000, die am 23. Oktober in Leipzig auf die Straße gegangen sind. Die meisten Teilnehmer dieser und vieler anderer Demonstrationen kamen aus den Betrieben und anderen Institutionen. Aber sie traten eben in der Regel nicht als Betriebsbelegschaften auf – der entscheidende Unterschied zu 1953.

Das festzustellen, heißt aber nicht, dass der Protest völlig individualisiert gewesen wäre. Es gab Strukturen, die Ort, Zeit und Inhalte vorgaben: Inhaltlich organi-

nelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999, S. 200–221; Wentker, Arbeiteraufstand, Revolution?, S. 389.

¹¹² „Hinweise“ der ZAIG vom 11. 9. 1989 „auf beachtenswerte Reaktionen von Mitgliedern und Funktionären der SED zu einigen aktuellen Aspekten der Lage in der DDR und zum innerparteilichen Leben“, in: BStU, ZA, ZAIG 4256, Bl. 6–11, hier Bl. 6. Dazu ausführlich Süß, Staatssicherheit, S. 232–237.

¹¹³ Zit. nach ebenda, S. 181.

¹¹⁴ Schreiben von Erich Mielke an Egon Krenz vom 16. 10. 1989, in: BStU, ZA, SdM 699, Bl. 1.

sierend wirkte vor allem der Aufruf des „Neuen Forum“, für den binnen weniger Wochen 200.000 Unterschriften gesammelt worden sind. Hinsichtlich Ort und Zeit waren in den entscheidenden Wochen meist evangelische Kirchen, die 1953 keine Rolle gespielt hatten¹¹⁵, und die in ihrem Umfeld tätigen Bürgerrechtsgruppen maßgeblich. Es gab aber auch noch andere organisatorische Kristallisationskerne: Kulturveranstaltungen, vor allem Theater und Rockkonzerte, spielten seit Ende September eine wichtige, heute fast vergessene Rolle bei der Mobilisierung. Darin kommt ein weiterer Unterschied zu 1953 zum Ausdruck: Während damals die Schriftsteller ganz überwiegend abseits blieben oder sogar den Aufstand denunzierten, standen die „Kulturschaffenden“ 1989 in ihrer Mehrheit auf der anderen Seite; sie begriffen sich selbst als Teil der Volksbewegung. Nicht mehr wie 1953 die Betriebe, sondern Orte des zivilgesellschaftlichen Lebens boten nun den Raum, in dem das Aufbegehren sich artikulierte und organisierte.

Die Ostberliner Machthaber standen 1953 wie 1989 in Dissens zur Moskauer Vormacht, aber die eigenen Machtmittel der DDR-Führung waren Ende der achtziger Jahre ungleich größer als in den fünfziger Jahren. Dennoch hatte sie nun einen geringeren Handlungsspielraum, und es fehlte ihr auch jener unbedingte Wille zur Machtbehauptung, über den Ulbricht und Genossen noch verfügt hatten.

Dass Anfang Juni 1953 die Entscheidung für einen „Neuen Kurs“ nicht in Ostberlin gefallen war, sondern in Moskau, war nicht schwer zu erraten gewesen. Ablesbar war es schon daran, dass der Kurswechsel die Parteifunktionäre gänzlich unvorbereitet getroffen hatte und sie entsprechend unsicher reagierten¹¹⁶. 1989 hatte sich der Dissens länger, nämlich wenigstens über zweieinhalb Jahre, angebahnt, und entsprechend mehr Zeit hatten die Parteimitglieder nun, darüber nachzudenken, wem ihre Loyalität zu gelten hatte: der eigenen, nicht nur physisch überalterten Führung oder dem dynamischen neuen Parteichef im „Vaterland des Sozialismus“. Diese Dissonanz verunsicherte die eigenen Anhänger. Das verminderte ihre Mobilisierungsfähigkeit, signalisierte Schwäche und ermutigte ihre Gegner.

Dass die Repressionsfähigkeit der DDR-Führung 1953 (soweit sie überhaupt eigenständig handelte) erheblich größer war als gut drei Jahrzehnte später, war Resultat des Umstands, dass sie sich damals in der Machtfrage in völliger Übereinstimmung mit der sowjetischen Vormacht wusste. Ihr beschränkter Handlungsspielraum im Jahr 1989 war das Ergebnis mehrerer Faktoren¹¹⁷: Erstens wäre die SED-Führung selbst im eigenen Lager isoliert gewesen, wenn sie den Versuch gemacht hätte, den beginnenden Aufstand mit offener Repression zu unterdrücken. Wahrscheinlich hätte einzig die rumänische Führung ein solches Vorgehen offen begrüßt¹¹⁸. Zweitens war die DDR 1953 international noch ein Paria-Staat. Sie hatte in dieser Beziehung nicht viel zu verlieren. Ganz anders im Jahr 1989:

¹¹⁵ Vgl. Wentker, Arbeiteraufstand, Revolution?, S. 390.

¹¹⁶ Vgl. Kowalczuk, 17. Juni 1953, S. 93 f.

¹¹⁷ Die folgenden Argumente werden en détail belegt in Süß, Staatssicherheit, Kap.1 „Das Alte Regime in Erwartung der Krise“.

¹¹⁸ Das wurde bei der Warschauer-Pakt-Konferenz im Juli 1989 in Bukarest deutlich.

Als Unterzeichnerstaat des KSZE-Abschlussdokuments war sie Verpflichtungen zur Beachtung der Menschenrechte eingegangen, die politisch-moralisch durchaus von Bedeutung waren. Die interne Devise: unterschreiben, aber ignorieren, war öffentlich nicht zu vertreten¹¹⁹. Sie war auch praktisch nicht durchzuhalten. Der Repressionsapparat ist deshalb schon im Frühjahr 1989 in verschiedener Hinsicht zur Zurückhaltung verpflichtet worden. Die DDR der achtziger Jahre war durch vielfältige diplomatische Beziehungen in die internationale Staatengemeinschaft integriert und hatte entsprechende Rücksichten zu nehmen. Drittens befand sie sich infolge ihrer Verschuldungspolitik in wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Westen, besonders von der Bundesrepublik¹²⁰. Eine Kreditsperre und wirtschaftliche Sanktionen, wie nach der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Jahr 1981, hätten die inneren Probleme immens verschärft, ohne dass – anders als 1953 – von sowjetischer Seite irgendwelche kompensatorische Hilfe zu erwarten gewesen wäre. Und viertens waren die Machthaber in großer Sorge, dass sie durch harte Maßnahmen ihre eigene Basis und all diejenigen, die sich bisher zumindest äußerlich ruhig verhielten, in das gegnerische Lager treiben würden. Deshalb hatten sie im Sommer 1989 wochenlang gezögert, auf die Fluchtwelle über Ungarn zu reagieren. Und umgekehrt haben die Tage in Dresden und dann auch in Berlin gezeigt, dass offen ausgeübte Repression zu Solidarisierung und Mobilisierung der „schweigenden Mehrheit“ führte.

Den enger gewordenen Handlungsspielraum dennoch offensiv zu nutzen, fehlte Ulbrichts Nachfolger der unerbittliche Wille. Das war freilich keine Frage persönlicher Charaktereigenschaften, sondern Ergebnis der Desillusionierung hinsichtlich des kommunistischen Dogmas. Der Vergleich zweier Zitate soll das verdeutlichen. Sie stammen beide von Generalmajor Friedrich Dickel, einer zentralen Figur im Repressionsapparat während beider Aufstände. 1953 war der damals 39jährige Dickel stellvertretender Leiter der Politischen Hauptverwaltung der Kasernierten Volkspolizei. Am Abend des 16. Juni 1953 erklärte er vor Offizierschülern der Volkspolizeischule Treptow: „Westliche Agenten sind in die DDR eingedrungen, um den sozialistischen Aufbau und die Errungenschaften der DDR zu zerstören. Aufgabe der Volkspolizei ist es, dieses Vorhaben zu verhindern. Wenn es zum Eingreifen der Volkspolizei kommt, ist die Bevölkerung schonend und rücksichtsvoll zu behandeln.“¹²¹

Es ist bemerkenswert, dass die Wortwahl des 75jährigen Dickel, der, inzwischen Innenminister, am 21. Oktober 1989 vor den Chefs der Bezirksverwaltungen der Volkspolizei sprach, sehr viel brutaler war. Nun befand er sich in der Defensive, er hatte zuvor polizeiliche Zurückhaltung verlangt und rechtfertigte sich dann mit

¹¹⁹ Die genannte Devise haben sinngemäß sowohl Honecker wie Mielke im Zusammenhang mit dem KSZE-Abschlussdokument von Januar 1989 formuliert.

¹²⁰ Die DDR hatte 1989 eine Nettowestverschuldung von etwa 14 Mrd. \$. Dabei war weniger die Summe selbst problematisch als der hohe Anteil kurzfristiger Verbindlichkeiten, die im Fall westlicher Irritationen sehr schnell fällig werden konnten. Vgl. Armin Volze, Ein großer Bluff? Die Westverschuldung der DDR, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S. 701–713, hier S. 711.

¹²¹ Zit. nach Leithäuser, Aufstand, Teil I, S. 610.

den Worten: „Ich kann jetzt nicht nach persönlicher Meinung gehen. – Ich würde am liebsten hingehen und diese Halunken zusammenschlagen, dass ihnen keine Jacke mehr passt. Ich war 1953 verantwortlich hier in Berlin. [...] Mir braucht keiner zu sagen, wie man mit dem Klassenfeind umgeht. Ich hoffe bloß, dass Ihr das genau wisst. Umzugehen, Schießen, liebe Genossen, und dass die Panzer dann vor der Bezirksleitung und vor dem ZK stehen, das wäre noch die einfachste Sache. Aber solch eine komplizierte Situation nach 40 Jahren DDR? Deswegen habe ich hier so nachdrücklich auf die politische Situation aufmerksam gemacht.“¹²²

1953 hatte er seine Ansprache mit einer Floskel abgeschlossen, die er wohl bei allen möglichen Gelegenheiten von sich gab: „Kameraden, eines Tages stehen wir am Mississippi!“¹²³ Ganz anders der Ton 1989: „[...] auch bei uns gibt es einzelne Erscheinungen der Aufweichung, dass man kalte Füße kriegt. Aber das ist ja nur der Anfang.“¹²⁴ Der Glaube, das erfolgreich durchzustehen, war inzwischen verloren gegangen.

Perzeption der Gegenseite

Die wechselseitigen Feindbilder waren in beiden Aufständen unrealistisch. 1953 haben Aufständische und Machthaber sich gegenseitig unterschätzt. Das hat wesentlich zur Eskalation beigetragen. In der Revolution 1989/90 haben die Akteure dagegen das Machtpotential und die Risikobereitschaft ihrer Gegner überschätzt. Eine Folge davon war, dass der *point of no return* bereits überschritten war, als die Machthaber die wahre Dimension der Herausforderung begriffen.

1953 wurde das Regime von der Bevölkerung offenbar in dem Moment für schwach gehalten, als es einräumen musste, „ernste Fehler“ begangen zu haben¹²⁵. Bedingt war das Gefühl eigener Stärke sicherlich auch durch das gemeinsame Auftreten als Betriebskollektive, die einer Partei gegenüber standen, die ihre Legitimation aus einer Metaphysik der Arbeiterklasse ableitete, damals als Partei sozialer Aufsteiger aber auch noch tiefe Wurzeln in der Arbeiterschaft hatte. Zudem scheint es auf Seiten der Arbeiter eine im Rückblick tragisch wirkende Hoffnung gegeben zu haben, dass die sowjetischen Truppen sich heraushalten würden, ließ doch der vorausgegangene Kurswechsel darauf schließen, dass auch die Sowjets mit der SED-Führung unzufrieden waren. Auf der anderen Seite nahm das Regime die Unruhe anfangs nicht wirklich ernst: Die Machthaber meinten, mit der Rücknahme der Normerhöhung die Sache bereinigen zu kön-

¹²² Schlusswort des Ministers des Innern vor den Chefs der BDVP am 21. 10. 1989, in: BStU, ZA, ZAIG 8637, Bl. 41–55, hier Bl. 50.

¹²³ Zit. nach Leithäuser, Der Aufstand, S. 610.

¹²⁴ Schlusswort des Ministers des Innern vor den Chefs der BDVP am 21. 10. 1989, in: BStU, ZA, ZAIG 8637, Bl. 52.

¹²⁵ Im Politbürokommunique vom 9. 6. 1953 waren die „Fehler“ feinsinnig abgestuft worden. Während „seitens der SED und der Regierung der DDR in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen“ worden sei, wurde hinsichtlich der Durchführung entsprechender Verordnungen von „ernste[n] Fehler[n] in den Bezirken, Kreisen und Orten“ gesprochen. Dok. in: Spittmann/Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953, S. 181.

nen, und erwarteten nicht, dass sich die Unruhe über Berlin hinaus ausbreiten würde. Deshalb wurden keine ernsthaften Vorbereitungen für eine Aufstandsbekämpfung in der Provinz getroffen¹²⁶.

Ergebnis der wechselseitigen Unterschätzung war, dass es sehr schnell zu einer gewaltsamen Eskalation kam. Den Anfang machten die Aufständischen, die keine großen Hemmungen hatten, Symbole des Regimes und Gebäude mit symbolischem Charakter zu attackieren. Verbunden waren Eskalation und erlebte Schwäche der Gegenseite mit einer Radikalisierung der Forderungen. Für einen kurzen Moment der Freiheit schien alles möglich. Umso härter schlugen die Machthaber zurück, als sie das wahre Ausmaß der Bedrohung erkannten.

Für 1989 war eher wechselseitige Überschätzung charakteristisch. Zum Teil handelte es sich dabei gewiss auf beiden Seiten um eine Spätfolge des Traumas „17. Juni“. Auch noch nach dem 9. Oktober in Leipzig, der – wie man heute weiß – den Umschlagspunkt bildete, gab es in der Bevölkerung Befürchtungen, dass der Sicherheitsapparat, vor allem die Staatssicherheit, zuschlagen würde. Angesichts der vierzigjährigen Geschichte dieses Gewaltapparates war das mehr als nahe liegend. Keiner konnte sich vorstellen, dass die Stasi kampfflos aufgeben würde. Zudem hatte der Repressionsapparat, der 1953 noch im Aufbau befindlich gewesen war, inzwischen quantitativ beeindruckende Ausmaße angenommen: Die „bewaffneten Organe“ – die NVA, das Innenministerium und die Staatssicherheit – hatten zusammen etwa 400 000 hauptamtliche Mitarbeiter. Rechnet man noch die paramilitärischen Kampfgruppen der Arbeiterklasse mit ihren gut 200 000 „Kämpfern“ hinzu, dann kommt man auf ungefähr 600 000 Angehörige solcher Organe¹²⁷. Außerdem standen noch etwa 400 000 Soldaten und Offiziere der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, in der Regel Eliteeinheiten, im Land.

Nur eine Minderheit der Mitarbeiter der DDR-Sicherheitskräfte war tatsächlich für den Straßenkampf ausgebildet, aber den aufbegehrenden Bürgern konnten sie nur als Unheil drohender Block erscheinen. Die Furcht vor gewaltsamer Repression war ein wesentlicher Grund dafür, dass die Demonstranten in der Revolution von 1989 nicht zur Gewalt griffen. Man wollte keinen Vorwand bieten. Die Parole „Keine Gewalt!“ war auf fast jeder Demonstration zu hören: Kerzen statt Steine. Die einzige Ausnahme in dieser Beziehung bildeten die ersten Oktobertage in Dresden, wobei hier aber in Rechnung gestellt werden muss, dass die protestierenden Hauptakteure innerlich den Staat wohl schon verlassen hatten¹²⁸.

¹²⁶ Vgl. Fricke/Engelmann, „Tag X“, S. 121–126.

¹²⁷ Errechnet nach den Angaben in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Berlin 1998.

¹²⁸ Ablesbar ist das u. a. daran, dass von den 224 Festgenommenen am 4. 10. 1989, dem Tag mit den gewalttätigsten Protestaktionen, nur 10 % aus dem Bezirk Dresden stammten, die meisten anderen also wahrscheinlich Ausreisewillige aus der ganzen DDR gewesen sind, die zuvor an der tschechoslowakischen Grenze zurückgewiesen worden waren. Vgl. Tagesbericht des Chefs der Bezirksverwaltung des Deutschen Volkspolizei Dresden an das Ministerium des Innern vom 5. 10. 1989; dok. in: Sächsischer Landtag (1. Wahlperiode): Schlußbericht des Sonderaus-

Am 17. Juni 1953 waren Gebäude gewaltsam gestürmt und vorübergehend besetzt worden. In der Herbstrevolution gab es nur *einen* vergleichbaren Tag, in dem es zu ähnlichen Vorfällen kam: den 4. Dezember 1989, als Dutzende von Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit besetzt wurden. Aber der Verlauf war diesmal vollkommen anders: Die Demonstranten zogen vor diese symbolisch bedeutsamen Gebäude, aber dann wurde verhandelt. In der Regel wurde dabei die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, die als Vermittler diente. Anschließend wurde das Gebäude besetzt, und wichtige Räume wurden versiegelt.¹²⁹ Geschossen wurde an diesem Tag nur ein einziges Mal: In der Stasi-Bezirksverwaltung Suhl hat ein Stasi-Offizier seinem Leben ein Ende gesetzt.¹³⁰

Gewaltsame Auseinandersetzungen lassen sich nur bei entsprechender Disposition beider Seiten vermeiden. Für die Demonstranten, für die auf dieser Ebene nichts zu gewinnen war, war es ein Gebot der Klugheit, Gewalt zu vermeiden. Warum aber Gewaltverzicht auch auf Seiten des Sicherheitsapparates? Entscheidungen und – ebenso wichtig – Nicht-Entscheidungen der SED waren der wichtigste Grund für dieses Verhalten. Erwähnt sei nur, dass der neue Generalsekretär Egon Krenz in seiner Antrittsrede Mitte Oktober 1989 die Devise verkündet hatte, „dass alle Probleme in unserer Gesellschaft politisch lösbar sind“.¹³¹ Im Klartext gesprochen bedeutete das, dass nicht versucht werden sollte, der Krise mit offener Repression Herr zu werden.

In der bereits erwähnten Dienstbesprechung vom 21. Oktober hat Innenminister Dickel seine Untergebenen in die aktuelle Lage eingewiesen. In seiner Rede wurde ein weiterer wichtiger Faktor für das Verhalten der Sicherheitsorgane deutlich: eine beträchtliche Überschätzung des Organisationsniveaus und der Eskalationsbereitschaft der Gegenseite. Dem Innenminister erschien die Opposition als machtvolle Geheimorganisation. Sie würde nach einem „einheitlichen strategischen und taktischen Konzept“ handeln, und sie verfüge über ein „gut funktionierendes Aufklärungssystem“ und ein „ausgebautes Informationssystem“. Zudem sei sie offenbar im Begriff, sich zu bewaffnen: „Angriffe auf unsere Waffenlager, die wir vorher überhaupt nicht hatten, treten jetzt in Erscheinung.“¹³² Die Frage, wer diese Aktivitäten steuerte, beantwortete Dickel nicht, wohl aber meinte er, ihre logistische Basis zu kennen: „Hinter all diesen Aktivitäten steckt Methode, Führung und Organisation, die überwiegend über bestehende Strukturen der evangelischen Kirche und unter Ausnutzung ihrer Räumlichkeiten als Ausgangspunkte verwirklicht werden.“¹³³ Auch dem Innenminister war allerdings nicht

schusses zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft, Anlage Arnold, Drucksache 1/4773, S. 137–144.

¹²⁹ Ausführlich dazu Süß, Staatssicherheit, S. 613–621.

¹³⁰ Vgl. Dokumentation des Aktivs Staatssicherheit und der zeitweiligen Kommission „Amtsmißbrauch und Korruption“ des Bezirkstages Suhl, Suhl 1990, S. 8.

¹³¹ Fernsehansprache von Egon Krenz am 18.10.1989, in: Deutschland Archiv 22 (1989), S. 1307–1314, hier S. 1310.

¹³² Rede des Ministers des Innern vor den Chefs der BDVP am 21. 10. 1989, in: BStU, ZA, ZAIG 8637, Bl. 3–40, hier Bl. 13, Bl. 16 u. Bl. 17.

¹³³ Ebenda, Bl. 15.

völlig entgangen, dass die Demonstranten – außer in Dresden – friedfertig geblieben waren. Doch das war aus seiner Sicht leicht zu erklären: „Mit der friedlichen Demonstration soll und kann die Wachsamkeit eingeschläfert werden.“¹³⁴

Hätte Dickel dieses Szenario zu Beginn einer größeren Repressionswelle an die Wand gemalt, dann könnte man es unter psychologische Kriegsführung subsumieren. Seine Rede lief aber auf eine ganz andere Schlussfolgerung hinaus: „Wir dürfen auch nicht hereinfliegen auf Provokationen, die zur Zuspitzung der Lage führen können. Ich sage das eindringlich.“¹³⁵ Die logische Konsequenz aus dieser Überschätzung des Gegners war Zurückhaltung auf Seiten der Volkspolizei. Entsprechend wurde in den folgenden Wochen auch tatsächlich agiert.

Die Staatssicherheit, die ebenfalls stark zu Verschwörungstheorien neigte, ging in ihrer Einschätzung des Gegners nicht ganz so weit.¹³⁶ Doch auch einer der für die innere Repression wichtigsten Stasi-Offiziere, Oberst Wiegand von der Hauptabteilung XX/4, hatte bei einer Dienstbesprechung mit der Linie XX der Bezirksverwaltungen bereits vor Honeckers Sturz als Maxime ausgegeben, dass sich die „oppositionelle[n] Bestrebungen so entwickelt haben, dass sie nicht mehr ohne weiteres liquidiert werden können. Operative Maßnahmen des MfS mit repressivem Charakter sind aufgrund der Lageentwicklung nicht möglich.“¹³⁷ Die Einschätzung der „Lageentwicklung“ war eine politische Frage, für die die Partei zuständig war.

Weniger für die Wahrnehmung der Gegenseite als für die Selbstverständigung der Aufständischen hatten in beiden Fällen die Westmedien eine wichtige Funktion. 1953 hat die Berichterstattung von RIAS und NWDR zur schnellen und DDR-weiten Verbreitung der zentralen Forderungen der Bauarbeiter aus der Stalinallee wesentlich beigetragen.¹³⁸ Der westliche Rundfunk war gewiss nicht die Steuerungszentrale, er schuf aber eine höchst wirksame Ersatzöffentlichkeit. Man wird die Aussage seines damaligen Chefredakteurs schwerlich bestreiten können: „Ohne den RIAS hätte es den Aufstand so nicht gegeben.“¹³⁹

1989 war es vor allem das Westfernsehen, das zur Selbstverständigung der DDR-Bürger über ihre Lage und zur Mobilisierung beigetragen hat. Das begann mit den dramatischen Bildern von der Fluchtbewegung über die bundesdeutschen Botschaften und über die ungarische Grenze, deren Dimension dadurch nicht mehr ignoriert werden konnte. Es folgten Berichte von Demonstrationen: Sie vermittelten den Teilnehmern ein zusätzliches Gefühl der Stärke und denjeni-

¹³⁴ Ebenda, Bl. 17.

¹³⁵ Ebenda, Bl. 22.

¹³⁶ Vgl. vom gleichen Tag Erich Mielkes „Referat zur Auswertung der 9. Tagung des ZK der SED und den sich daraus ergebenden ersten Schlußfolgerungen für die Tätigkeit des MfS (21. 10. 1989)“, in: BStU, ZA, ZAIG 4885, Bl. 3–76.

¹³⁷ BVfS (Bezirksverwaltung für Staatssicherheit) Neubrandenburg, Abt. XX, Beratung der Hauptabteilung XX/4 mit den Leitern der Referate XX/4 aller Bezirksverwaltungen am 21. 9. 1989, in: BStU, ASt Neubrandenburg, Abt. XX 663, o. Pag., 4 S.

¹³⁸ Zur Rolle des RIAS vgl. Manfred Rexin, Der 16. und 17. Juni 1953 in West-Berlin, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 985–994.

¹³⁹ Bahr, Zu meiner Zeit, S. 80.

gen, die noch zögerten, den Eindruck eines verminderten Risikos, wenn sie sich beteiligten. Das bundesdeutsche Fernsehen hat später wahrscheinlich auch dazu beigetragen – inzwischen gemeinsam mit jenen DDR-Medien, die sich als eigenständig zu profilieren begannen –, eine Stabilisierung der Macht nach dem Rücktritt von Honecker zu verhindern. So wird man auch von 1989 sagen können, dass ohne die Westmedien der Aufstand wohl anders verlaufen wäre. Im einen wie im anderen Fall war ihre Wirksamkeit auch eine Folge davon, dass die staatlichen Medien Transmissionsriemen der Partei waren und gesellschaftliche Öffentlichkeit weitgehend inexistent war. Deshalb konnten die Westmedien zeitweilig eine Ersatzfunktion wahrnehmen. Das zeigt zugleich, dass die Existenzbedingung dieses Systems die Abschirmung nach außen war, die aber schon lange nicht mehr bestand – die allabendliche „Ausreise“ in den Westen via Fernsehgerät war sprichwörtlich. Ihre systemsprengende Wirkung entfalteten diese Sendungen aber erst, als aus anderen Gründen eine revolutionäre Situation herangereift war und sie der Selbstverständigung der Bürger über die Krise der Diktatur dienten.

Ziele der Aufständischen

Während am 17. Juni die Aufstandsbewegung binnen Stunden revolutionären Charakter annahm, hatte die Revolution vom Herbst 1989 ursprünglich radikalreformerische Ziele. Auch wenn 1953 wirtschaftliche Forderungen der unmittelbare Auslöser des Protests waren, verwandelte sich die Bewegung doch sehr schnell in einen revolutionären Aufstand, der auf den Sturz der Regierung und der SED-Herrschaft zielte. In der logischen Konsequenz dieser Ziele lag ein Systemwechsel und die Wiedervereinigung, um – erst acht Jahre nach Kriegsende – den staatlichen „Normalzustand“ wieder herbeizuführen¹⁴⁰. Ein Erfolg aber war nur vorstellbar, wenn man davon abstrahierte oder verdrängte, dass die DDR noch immer Besatzungsgebiet war. Als die sowjetischen Panzer auffuhren, setzte deshalb auch eine fast schlagartige Ernüchterung ein, und der Aufstand flaute sehr schnell ab. In den Nachhutgefechten der folgenden Wochen ging es dann vor allem darum, die Entlassung der festgesetzten Kollegen aus der Haft zu erwirken.

1989 war das ursprüngliche Ziel eine reformierte DDR. Honecker und seine Mannschaft sollten abtreten, die Stasi sollte entmachtet werden und die SED sich freien Wahlen stellen, aber die Wiedervereinigung gehörte anfangs nicht zu den wichtigsten Zielen. Auch die Vorstellungen über die künftige Wirtschaftsordnung waren sehr verschwommen: Man wollte sicherlich mehr Markt, aber wie man es mit der Rolle des Staates in der Wirtschaft und mit dem Privateigen-

¹⁴⁰ Ein deutliches Indiz dafür ist, dass auf vielen Demonstrationen am 17. Juni die Teilnehmer die dritte Strophe des „Deutschlandlieds“ sangen. Vgl. Leithäuser, Aufstand, Teil II, S. 47, S. 52 u. S. 56; Kowalczyk, 17. Juni 1953, S. 100, S. 152, S. 158, S. 178, S. 199 f., S. 204 f., S. 209, S. 219 f., S. 220 u. S. 238. Vgl. auch Wentker, Arbeiteraufstand, Revolution?, S. 394 f. Allerdings ist Wentkers These, dass es in den Demonstrationszielen „keine Entwicklung“ gegeben habe und soziale und politische Forderungen von Anfang an nebeneinander gestanden hätten, nicht zutreffend: Es gab in vielen Fällen eine schnelle Radikalisierung von ursprünglich sozialen zu politischen Parolen.

tum am Produktivvermögen halten wollte, dazu gab es wenig konkrete Aussagen. Das ist insofern nicht weiter erstaunlich, als die bereits erwähnte erste Alternative, nämlich eine „Perestroika“ in der DDR, dafür kaum eine Orientierung bot. Erst der Mauerfall aktualisierte die Option Wiedervereinigung. In denselben Wochen zerfiel der herrschende Machtblock und die SED schlingerte auf den Abgrund zu. Zugleich entstand mit den Runden Tischen und der Verabschiedung eines Wahlgesetzes ein neues institutionelles Gefüge. Zusammen führten diese Entwicklungen zu einer Transformation des Reformprozesses in eine grundstürzende Revolution. Die ursprünglichen Vorkämpfer gerieten in diesem Prozess mit ihrem Ziel eines demokratischen und ökologischen Sozialismus sehr schnell an den Rand der Bedeutungslosigkeit. Damit teilten sie das Schicksal der kulturellen Intelligenz: Für den Weg in die Wiedervereinigung bedurfte es anderer Wortführer.

Resumee

Mit Blick auf die außenpolitischen Rahmenbedingungen war entscheidend, dass das sowjetische System aufgrund seiner strukturellen Defizite und wegen der veränderten sicherheitspolitischen Lage seit den sechziger Jahren auf eine partielle Öffnung zum Westen hin angewiesen war. Das machte die Entspannungspolitik möglich. In ihrem Gefolge sind blockübergreifende Bindungen entstanden, die aufzukündigen hohe Kosten verursacht hätte, ohne dass eine gewinnbringende Alternative erkennbar gewesen wäre. Als Einengung auch von block-internen Handlungsspielräumen war die Entspannungspolitik wirksamer als die Konfrontation der Blöcke. In der Hochphase des Kalten Krieges, in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, war es kein Regelverstoß, im eigenen Machtbereich „Ordnung zu schaffen“. In Zeiten wachsender Verflechtung aber war das keine rein innere Angelegenheit mehr, und zwar schon deshalb nicht, weil in den westlichen Demokratien die mit dem Osten kooperierenden Regierungen auf die Gefühle ihrer Wähler Rücksicht nehmen mussten. Noch wirksamer war die Verbindung beider Politikansätze, die ein wenig an das Rollenspiel mit dem „guten“ und dem „bösen Polizisten“ erinnert. Allerdings konnte die Drohung mit einem Ende der Entspannungspolitik nicht beliebig eingesetzt werden, ihr Einsatz war abhängig von der Situation einer Übergangsphase mit offenem Ausgang, in der blockinterne Entscheidungen unmittelbaren Einfluss auf die internationalen Beziehungen hatten. Die Jahre 1978 bis 1981 waren eine solche Übergangsphase. Die sowjetische Führung hat den Ernst der Lage offenbar erst 1981 ganz begriffen, als mit Ronald Reagan ein Präsident ins Amt kam, der eine Rückkehr zur Politik des „Rollback“ und der „Befreiung“ propagierte¹⁴¹. Entschied sich das Politbüro unter Breschnew noch 1979, wenngleich nach langem Zögern, in Afghanistan einzumarschieren¹⁴², und bewegte es sich 1980 gegenüber Polen

¹⁴¹ Vgl. Stöver, Befreiung, S. 851–885.

¹⁴² Vgl. New Evidence on the Soviet Intervention in Afghanistan, in: CWIHP-Bulletin, Heft 8–9 (Winter 1996/1997), S. 128–184.

hart am Rande einer Intervention¹⁴³, so war Ende 1981 die Stimmung umgeschlagen.

Trotz des Drängens einiger Verbündeter, den Polen „brüderliche Hilfe“ ange-deihen zu lassen – nicht zuletzt Erich Honeckers, der im vertraulichen Gespräch eine direkte Parallele zu 1953 zog¹⁴⁴ –, beurteilte man die Lage nun vollkommen anders. In der Sitzung des Politbüros der KPdSU am 10. Dezember 1981 wurde das Ersuchen Wojcech Jaruzelskis debattiert, ihm im Falle eines Scheiterns des Kriegsrechts militärisch zu Hilfe zu kommen. Michail Suslow, der langjährige Chefideologe der Partei, gab die allgemeine Stimmung wieder, als er erklärte: „World public opinion will not permit us to do so. [...] If troops are introduced, that will mean a catastrophe. I think we have reached a[n] unanimous view here on this matter, and there can be no consideration at all of introducing troops.“¹⁴⁵

Der KGB-Vorsitzende Juri Andropow, im Jahr 1979 noch ein Befürworter des Einmarsches in Afghanistan, hatte zuvor erklärt, dass eine Intervention in Polen völlig ausgeschlossen sei, weil das westliche Sanktionen nach sich ziehen würde, die die Sowjetunion außerordentlich belasten würden. Für das Politbüro aber müssten sowjetische Interessen absolute Priorität haben¹⁴⁶.

Die Befürchtungen, die schon die Mitglieder von Breschnews Politbüro dazu gebracht hatten, die nach ihm benannte Doktrin nicht mehr zu praktizieren, galten selbstverständlich erst recht für seinen Nachfolger Gorbatschow. Ihm war es zwar gelungen, den „Zweiten Kalten Krieg“ zu beenden, aber dieser Erfolg wäre dahin gewesen, wenn er die Revolutionen des Jahres 1989 durch Truppen hätte niederschlagen lassen. Der Rekurs in das Jahr 1981 zeigt aber auch, dass es nicht nur am „Gorbatschow-Faktor“ lag, wenn diese drastische Reduktion des sowjetischen Einflussbereiches hingegenommen wurde, sondern daran, dass das imperiale Gefüge nicht mehr zu halten war.

¹⁴³ Vgl. Mark Kramer, Poland, 1980-81. Soviet Policy During the Polish Crisis, in: CWIHP-Bulletin, Heft 5 (Spring 1995), S. 1 u. S. 116-139, hier S. 120 f.

¹⁴⁴ Honecker erklärte am 20. 11. 1980 gegenüber dem polnischen Botschafter, Stefan Olszowski: „Wir sind nicht für Blutvergießen. Das ist das letzte Mittel. Aber auch dieses letzte Mittel muss angewandt werden, wenn die Arbeiter-und-Bauern-Macht verteidigt werden muss. Das sind unsere Erfahrungen aus dem Jahr 1953, das zeigen die Ereignisse 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei.“ Gesprächsvermerk vom 21. 11. 1980 als Anlage zum Arbeitsprotokoll des SED-Politbüros vom 25. 11. 1980, in: BA Berlin, J IV 2/2/A 2363, dokumentiert in: Michael Kubina/Manfired Wilke (Hrsg.), „Hart und kompromißlos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995, S. 101-114, hier S. 111.

¹⁴⁵ „Die Weltöffentlichkeit wird uns nicht erlauben so zu handeln. [...] Wenn Truppen einmarschieren, würde das eine Katastrophe bedeuten. Ich denke wir haben hier eine einhellige Sicht dieser Angelegenheit erreicht, und ein Einmarschieren von Truppen kann überhaupt nicht in Frage kommen.“ Protokoll der Sitzung des Politbüros der KPdSU am 10. 12. 1981, dokumentiert in: CWIHP-Bulletin, Heft 5 (Spring 1995), S. 134-137.

¹⁴⁶ Vgl. Wojtech Mastny, The Soviet Non-Invasion of Poland in 1980-81 and the End of the Cold War (CWIHP Working Papers, 23), Washington 1998, S. 29 f.

Der Erfolg der Revolution 1989 hing auch von inneren Akteuren ab. Zu deren Handlungsdispositionen hat der Aufstand von 1953 – trotz seines Scheiterns – erheblich beigetragen, denn der 17. Juni hatte die Mächtigen in der DDR das Fürchten gelehrt. Die Angst vor den Arbeitern hat sie nie mehr verlassen. Eine dauerhafte Folge davon war, dass die SED – besonders unter Honecker – eine Sozialpolitik betrieben hat, die über die Kräfte der DDR ging, den Staat ruiniert, in Abhängigkeit von westlichen Kreditgebern getrieben und damit seinen Handlungsspielraum entscheidend beschnitten hat. Zugleich führte das permanente Misstrauen gegen das Volk zum hypertrophen Aufbau eines kostspieligen Sicherheitsapparates. Vor allem aber blockierten die traumatische Erfahrung, dass das Eingeständnis von „Fehlern“ als Schwäche verstanden wurde, und das Misstrauen gegen das Volk die Lernfähigkeit der Machthaber, die in Regimes dieser Art ohnehin nur gering ausgeprägt ist. Dadurch wurden sie unfähig, sich an Veränderungen der Außenwelt anzupassen, was ja bekanntlich die Überlebensbedingung jedes Systems ist.

1989 wurden die Reaktionsmöglichkeiten der Machthaber angesichts der nahenden Krise durch die Befürchtung weiter eingeengt, der „Funke“ könne auf die Betriebe überspringen; dabei spielten die Geschehnisse 1980/81 in Polen gewiss eine Rolle. Repressionsmaßnahmen wurden von der Prämisse ausgehend geplant, dass die bisher schweigende Mehrheit nicht gegen das Regime mobilisiert werden dürfe. Im Politbüro warnte Günter Mittag als Vertreter Honeckers im September 1989 die Staatssicherheit: Sie dürfe durch ihre Maßnahmen „die Masse der Bevölkerung“ keineswegs „verärgern“¹⁴⁷. Die Furcht vor dem Überspringen des „Funken“ war dabei auf das Bild vom 17. Juni fixiert: streikenden und demonstrierenden Betriebsbelegschaften. Dadurch haben die Machthaber zu spät begriffen, dass der Funke längst übergesprungen war: zwar nicht auf die Belegschaften als Kollektive, wohl aber auf die abhängig Beschäftigten.

Auch auf der Gegenseite wirkte der 17. Juni dauerhaft nach: Die Angst davor, einen Anlass zu blutiger Repression zu geben, war das beherrschende Motiv für die strikte Gewaltlosigkeit des Aufstands von 1989. Diese Gewaltlosigkeit aber war die Bedingung dafür, dass die Bürgerbewegung die politische Hegemonie errungen hat und dem Regime die letzten Reste seiner sozialen Basis weggebrochen sind. Das allein erklärt nicht den Erfolg dieser Revolution. Doch als veränderte Rahmenbedingungen diese Option eröffnet hatten, zeigte sich: Nun, da die Aufständischen an die Möglichkeit einer anderen, besseren Zukunft zu glauben begannen und die Machthaber ihren Glauben verloren hatten, war die Zeit tatsächlich reif, was 1953 vergeblich versucht worden war, 1989 zu einem guten Ende zu bringen.

¹⁴⁷ Mitschrift von Wolfgang Herger zur Sitzung des SED-Politbüros am 12.9. 1989, in: Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 146–154, hier S. 147.